

SOWI-ARBEITSPAPIER
NR. 75

Nationalbewußtsein und "neuer Nationalismus" bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Theoretische Entwürfe und empirische Befunde

Beiträge zusammengestellt von

Heinz-Ulrich Kohr (SOWI) und
Roland Wakenhut (KUE)

Autoren:

Ingrid Anker, München
Detlef Bald, München
Jutta Gallenmüller, Eichstätt
Heinz-Ulrich Kohr, München
Ekkehard Lippert, München
Roland Wakenhut, Eichstätt

Februar 1993

Vorbemerkung

Vom 28. Oktober bis zum 1. November 1992 veranstaltete die Sektion Politische Psychologie im Berufsverband Deutscher Psychologen in Regensburg ihren 14. Workshop-Kongreß zum Thema "Multikulturelle Gesellschaft. Beiträge der Psychologie zum internationalen Verstehen und Handeln". Im folgenden werden die dort am 30. Oktober vorgetragenen Referate der Arbeitsgruppe "Nationalbewußtsein und 'neuer Nationalismus' bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Theoretische Entwürfe und empirische Beiträge" vorgestellt.

Ein Teil der Artikel berichtet über die Ergebnisse der Fortführung der Arbeiten, über die beim 1. Deutschen Psychologentag in Dresden im Jahre 1991 berichtet wurde (vgl. SOWI-Arbeitspapier Nr. 57). Hinzu kommen neue Entwürfe und Ergebnisse.

Dokumentiert wird mit der Publikation der Arbeitsergebnisse zugleich die gemeinsame Forschungsarbeit des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr und des Lehrstuhls Psychologie III der Katholischen Universität Eichstätt zum Thema "Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit und Sicherheitsperzeptionen".

Aufgrund der vielen Nachfragen und des großen Interesses an den Ansätzen und Ergebnissen der Arbeitsgruppe hat sich der Leiter des SOWI, Direktor und Professor Bernhard Fleckenstein, bereit erklärt, die Beiträge als SOWI-Arbeitspapier zu veröffentlichen. Für die Unterstützung unserer Arbeiten sind wir ihm zu Dank verpflichtet.

Danken möchten wir auch den Mitarbeitern des Lehrstuhls Psychologie III der Katholischen Universität Eichstätt für die Erstellung der Druckvorlagen.

Eichstätt und München, im Februar 1993

Heinz-Ulrich Kohr
Roland Wakenhut

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

.....

Ingrid Anker und Ekkehard Lippert

Zwischen Vision und Zweck. Zur Politischen Psychologie von "Europa ..

.....

Detlef Bald

Völkischer Nationalismus - eine historische Erblast für die politische Kultur
Deutschlands

.....

Jutta Gallenmüller und Roland Wakenhut

Zu Theorie und Operationalisierung von Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit

.....

Heinz-Ulrich Kohr und Roland Wakenhut

"Neuer Nationalismus"? Emotionale Systembindungen bei Jugendlichen in Ost
und Westdeutschland nach der Vereinigung

Autoren.....

Zwischen Vision und Zweck.

Zur Politischen Psychologie von "Europa"

Ingrid Anker und Ekkehard Lippert

Die politische Aufmerksamkeit ändert ihre Richtung.

Jüngst wurden in der Presse Umfrageergebnisse berichtet, nach denen die Deutschen zunehmend auf Distanz zu "Europa" gehen. So sahen im Sommer 1992 etwa nur noch 48 % der Bundesbürger in der Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft einen Vorteil für das eigene Land. Im Herbst 1990 waren es noch 78 %. "Auch die Zustimmung zur europäischen Einigung sank gleichermaßen in den alten wie den neuen Bundesländern im Vergleich zum Herbst 1991 um sieben auf 73 Prozent".¹ Nun mag man von den Ergebnissen der Meinungsforschung halten, was man will. In diesem Falle kommt ihnen allerdings eine nicht wegzudiskutierende Evidenz durch das politische Zeitgeschehen zu. Die Abstimmungen in Dänemark und Frankreich über die Maastrichter Verträge etwa signalisieren jeweils auf ihre Art in diesen Ländern ebenfalls eine beträchtliche Distanz zu "Europa". Im übrigen: Wenn es, was das Grundgesetz nicht zuläßt, in Deutschland ebenfalls zu einer analogen Volksabstimmung gekommen wäre, dann hätten im September 1992 lediglich 46 % dafür, aber 41 % dagegen gestimmt.²

Mit dieser Distanz zu "Europa" geht offenbar eine psychische Renationalisierung einher. Es entsteht der Eindruck, wie wenn die Hintansetzung Europas ursächlich mit der Wiederbelebung der "Nation" zu tun hätte, wie wenn das eine mit dem anderen zumindest verschränkt ist. Nachfolgend soll dieser Impression etwas genauer nachgespürt werden. Wenn dabei der Blick zuvorderst auf "Europa" gerichtet bleibt und die "Nation" an die Peripherie des Blickfeldes gerät, so orientiert sich dies an der Richtung des vermuteten Zusammenhangs.

Der erste Eindruck: Die bisherige europäische "Identität" war vor allem ein staatlich subventioniertes Sinnangebot und weniger Ausdruck eines auf "Europa" abhebenden Selbstbewußtseins der Sozialfigur des "homo europaeus". "Europa" als übernationales Staatensystem³ war politisch notwendig und wurde entsprechend gefördert, um zum einen als vormodern geltendes nationales Gedankengut weitestmöglich zu substituieren. Zum anderen erzwang nach dem Zweiten Weltkrieg die Frontstellung zum ideologischen Antagonisten im Osten eine die eigene Seite sowohl integrierende als auch befriedende konkrete Utopie. Nach der Selbstperzeption reichte das westliche, d. h. das amerikanische, bisweilen als "Liberalismus" bezeichnete Modell der Konsumtion und der sozialen Kommunikation als Gegenkonzept nicht aus, der ideologischen Totalität und der wahrgenommenen Bedrohung durch den Staatssozialismus als gleichwertig zu begegnen.

Der Kontrahent ist mittlerweile zusammengebrochen, der äußere Druck hat nachgelassen. Dem gesellschaftlichen Feindbild ist das eindeutige Objekt abhanden gekommen.⁴ Verunsicherung in Europa und über Europa breitet sich aus. "Europa-Verdrossenheit"⁵ bestimmt das politische Klima. Symptome der europäischen Desintegration werden sichtbar.

Die politische Aufmerksamkeit hat sich in dieser Situation neu zu orientieren und zu strukturieren. Wegen der vier Jahrzehnte andauernden Fixierung auf den Osten übersehene oder ignorierte Schwachstellen im eigenen politischen System rücken in den Blickpunkt und erfahren eine neue Aufmerksamkeit.⁶ Bislang nicht beachtete Bedrohungen wachsen auf und treten im Bewußtsein an die Stelle der alten Feindwahrnehmungen. Zu den neu und differenziert zu bewertenden Sachverhalten gehört auch der stets mit dem Ost-West-Konflikt verschränkte konzeptionelle Unterbau bislang fraglos für entwicklungs- und zukunftsfähig gehaltener politischer Projekte.⁷

Das politische Projekt "Europa"

Bei genauerer Betrachtung des Projektes "Europa" erweist es sich, daß der Teil der bisherigen europäischen Identität, der durch die Feindbilder und die von ihnen erzwungene Wagenburgsituation des Kalten Krieges zustande kam, eher der durch Bedrohungsperzeptionen geförderte Zusammenschluß und die Integration einer Schutz- und Trutzgemeinschaft waren, als ein mit rationalen Argumenten (nach welcher Rationalität auch immer) begründetes Bekenntnis zu einem gemeinsamen Europa. Die vielerorten erfolgte Freilegung verschütteten oder überwunden geglaubten nationalistischen oder ethnischen Gerölls unmittelbar nach dem Abschmelzen der ideologischen Gletscher und der vergleichsweise breite öffentliche Widerhall von vorher als überwunden geglaubtem und als atavistisch abgetanem nationalistischen Gedankengut belegen dies nachhaltig. Dabei wird allerdings - zuweilen schmerzhaft - deutlich, daß gesellschaftliche Aufklärung und Modernisierung offenbar nicht allein an "Europa" sondern in spezifischer Weise auch an die "Nation" gebunden waren.⁸ Es stellt sich heraus, daß der heterogene Nationalstaat offenbar auf seine Art eine nicht gering zu schätzende "zivilisierende" Wirkung hatte.⁹

Das Wiederauftauchen weit in die europäische Geschichte zurückreichender und allenfalls aus der historischen Situation ihres Entstehens begreifbarer Konzepte, wie die mit Bezug auf die Österreichisch-Ungarische Doppelmonarchie formulierte Vision eines "Mitteleuropa"¹⁰, dürfte eher als ein Hinweis auf ein konzeptionelles Vakuum als auf innovatives politisches Denken zu deuten sein.

Bislang allenfalls geografisch als "europäisch" bezeichnete Staaten (z. B. Polen, Litauen etc.) reklamieren mit Emphase und oft mit reichlich vordergründigen, deswegen aber nicht ehrenrührigen Argumenten vor dem Hintergrund nationalistischen Rasonierens ihre Zugehörigkeit zu Europa. Dies erzeugt bei den Westeuropäern, die bisher die Definitionsmacht darüber für sich reklamiert hatten, was als "Europa" zu gelten habe und was nicht, Ratlosigkeit, Verlegenheit und Befürchtungen. Es wird offensichtlich, daß ein Europa, dessen Grenzen jenseits des Urals liegen, nicht mehr als Surrogat und Extension eines historisch gewachsenen, zentraleuropäisch bestimmten Bewußtseins taugt. Ähnlich wie der "Weltbürger" wegen der ihm innewohnenden Abstraktion und Alltagsferne bislang Fiktion esoterisch diskutierender Zirkel blieb (und wohl bleiben muß), würde ein erweitertes Europa kaum mehr als ein Objekt für politisch-psychologische Attitüden sein können. Von daher betrachtet ist beispielsweise die Bezeichnung "Mittel-Ost-Europäische Staaten" (MOE) eher Ausdruck für eine tiefgreifende Konzeptlosigkeit als eine programmatische Integrationsformel. Im Gegenteil, sie enthält sowohl ein gut Teil Überheblichkeit als auch das Signalelement von Distanz.

Was bleibt von "Europa"?.?

Aufforderungen zur Bestandsaufnahme und Bewertung sowie - falls diese überhaupt für erforderlich gehalten werden und "Europa" nicht nur als politische Vogelscheuche erhalten soll - zur Neuformulierung und Gestaltung von "Europa" werden dringlich.

Aufs erste empfiehlt es sich, besonders zwei Fragen zu beantworten:

1. Wie ist "Europa" begrifflich abzugrenzen? Wenn, was wohl der Fall ist, "Europa" weder mit geographischen noch mit historischen oder ethnischen Kategorien

halbwegs trennscharf zu fassen ist, wie sieht es dann aus mit seiner subjektiven Repräsentation? Zwar wurden die deutschen Bürger bislang nicht gefragt, ob sie eine Nation sein wollen oder nicht. Sie werden auch in Zukunft nicht gefragt werden. Wesentlich ist, daß sie in der Wahrnehmung anderer Nationen eine sind."¹¹ Es bleibt den Deutschen folglich wenig anderes übrig, als sich als Nation entsprechend zu verhalten. Was bedeutet aber "Europa" in diesem Zusammenhang als Bezugsrahmen für das Subjekt? Wo ist es angesiedelt innerhalb der Spannweite zwischen nationaler und globaler psychischer Systemgebundenheit?"¹² War "Europa" je mehr als ein Traum? Wo liegen die kognitiven und emotionalen Schnittflächen zwischen der psychischen Repräsentation der Institution "Europa", z. B. konkretisiert in Form der Währungsunion oder dem Freihandelsraum einerseits und einer für das Alltagshandeln bedeutsamen Imagination "Europa" andererseits? Diese Frage anders gewendet: Das Europa der herumwuselnden Technokraten und Ökonomen ist offensichtlich etwas anderes als das der gemeinen europäischen Subjekte.

Europa" (wie auch "Nation") als Konstrukt zu bestimmen, wie es die herkömmliche Politische Psychologie tut und mit der Methodologie der sozialpsychologischen Einstellungsforschung zu erfassen, ist zwar verdienstvoll. Es trägt aber nur begrenzt zur Aufklärung bei, da dabei der objektive, beispielsweise der institutionelle Hintergrund außer acht gelassen wird.

2. Ist es überhaupt sinnvoll, das Projekt "Europa" so wie bisher sowohl als Vision als auch als Institution weiter zu verfolgen? Eine bejahende Beantwortung dieser Frage impliziert die nicht selbstverständliche und deshalb immer noch anstehende Überprüfung der Möglichkeiten, ob überhaupt und ggf. wie man sich "europäisch" verwirklichen könnte. Um die Dimensionen des Problems aufzuzeigen: Konsequenz "global" zu leben, dürfte schwierig sein, es reduziert sich letztlich auf global orientierte Kognitionen. Was aber bedeutet es, "europäisch" handeln und denken zu wollen?

Es kommt hinzu, daß das Projekt "Europa" zuvorderst mit politischen Problemen behaftet ist: Die Organisationsform oder besser "Operationalisierung" von Europa setzt voraus, daß man eine allseits akzeptable und akzeptierte Idee von Europa hätte. Die bisherigen Institutionalisierungen, z. B. WEU, KSZE, NATO, zumindest in Teilen auch die EG, sind (klopft man sie auf ihre paradigmatischen Grundlagen und ihre psychologische Verankerung ab) Relikte des Kalten Krieges. Von den Ideen der europäischen Gründerväter Adenauer, Churchill oder de Gasperi haben sie sich jedenfalls weit entfernt. Diese Strukturen in ihrer heutigen Form und ihrem heutigen Inhalt unverändert in die Zukunft zu übernehmen, empfiehlt sich nicht. Sie eignen sich nicht oder nur wenig für ein Europa, das seine Identität nicht mehr aus einer für existentiell gehaltenen Bedrohung ableiten kann. Die während der Ost-West-Auseinandersetzung eingeübten, ritualisierten und bürokratisierten Verfahren der Konfliktvermeidung und -regelung würden, auf die sich abzeichnenden neuen Strukturen Internationaler Politik angewandt, eher konflikt-erhaltend oder -verschärfend als -dämpfend oder -lösend wirken. Ein solches "Europa" wäre kein zivilisatorischer Fortschritt.

"Europa" ist die Frage, aber ist es auch die Antwort?

Jede Beantwortung dieser beiden Fragenkomplexe kann nur politisch sein. Um zunächst einschlägige Materialien zu sammeln und sich damit der Problemstellung an-

zunähern und so die mindestens zweideutige und zudem hier wie dort ihres Sinnes weitgehend entleerte Worthölse "Europa" neu mit Inhalt zu füllen, ist

- abzuklären, welche Komponenten des bisherigen "Europa"- Konzeptes überholte Hinterlassenschaften aus der Ost-West-Konfrontation sind und welche, davon unberührt, auch nach den derzeitigen gewandelten Sinnkriterien noch als sinnvoll gelten können.
- • das Verhältnis dreier in Teilen miteinander konkurrierender, in Teilen aufeinander aufbauender Konzepte "ethno-kulturellen Wir-Gefühls"¹³ nämlich zwischen "Nation , Europa" und "Welt" zu bestimmen. Allen drei Konzepten ist zwar gemein, daß sie, wenn sie überhaupt sinnvoll sein sollen, gegenseitig offen sein sollten. Integrationistische Konzepte aber, wie die letztlich auf postkonventionelle moralische Prinzipien abhebenden des "Verfassungspatriotismus" oder einer nicht näher bezeichneten "Solidarität" sind einerseits zu abstrakt und andererseits zu sehr für beliebige politische Operationalisierungen offen, als daß sie breite gesellschaftliche Akzeptanz finden und belastbaren Bestand haben könnten. Rechtsstaatlichen Schutz dürfte von den hier fraglichen Konzepten ohnehin am ehesten die "Nation" bieten können.

Die Hoffnungen, die im Zusammenhang mit "Europa" auf eine "multikulturelle Gesellschaft" gesetzt werden, dürften kaum in Erfüllung gehen. Denn es ist nicht absehbar, wie weit eine durch Migrationsströme mehr oder weniger zufällig zustande gekommene Gesellschaft eine Voraussetzung zur Bildung des auch weiterhin erforderlichen Gesellschaftsbewußtseins darstellt. Dieses "Europa" hätte als soziales Bindemittel eine trügerische Kohäsionskraft. Bisherige Erfahrungen belegen eher, daß die multikulturelle Gesellschaft nicht aus der "Desintegration ethnischer Minderheiten"¹⁴ herausführt.

- die politische Reichweite einer grundsätzlichen Unverträglichkeit bereichsspezifischer "Europa"-Konzepte zu beachten. Es ist zu vermuten, daß der Begriff "Europa" und die diesbezüglichen Interessen, die den dynamisch ablaufenden internationalen ökonomischen Konzentrationsbestrebungen zugrunde liegen, längst nicht mehr verträglich sind (wenn sie es je waren) mit den sozialisatorischen Möglichkeiten, Vorstellungen von und Erwartungen an "Europa" auf der Individualebene, d. h. auf der Ebene subjektiver Meinungen und Interessen umfassend zu implementieren. Hier spielt mit hinein, daß die Integration der Märkte mit ihrer Ausweitung und Intensivierung des Wettbewerbs ohnedies nicht mit der Angleichung der Politik und der Zentralisierung von Entscheidungen als Folgen der politischen Integration deckungsgleich ist.¹⁵ Hinzu kommt der paradoxe Effekt, daß die Europäisierung ökonomischer Strukturen der Standortfrage und damit indirekt auch der psychischen Regionalisierung ein neues Gewicht zuweist. Anders und zusammenfassend formuliert: Wenn man so will, haben die vordergründig zweckrationalen Attitüden gegenüber ökonomischen europäischen Institutionen wie z. B. dem "Binnenmarkt" wohl wenig oder nichts mit der Vision "Europa" gemein.¹⁶ Spätestens an dieser Stelle ist auf die in den letzten Jahren besonders von "Europa"-Ideologen gepflegte und politisch instrumentalisierte Moralisation "Europas" hinzuweisen. "Ein guter Europäer zu sein verleiht auch heute noch Status und ... ein geschätztes Gefühl der moralischen Überlegenheit".¹⁷ Diese ideologi-

sche Überhöhung hat dazu geführt, daß mittlerweile die Probleme des europäischen Alltags bis zur Unkenntlichkeit mit idealistischem Kleister verpappt sind. Es ist längst nicht mehr möglich, auch nur über Europa zu rasonieren, ohne gleich der Europa-Müdigkeit verdächtigt zu werden.

- herauszufinden, wie die regionalen Ausdifferenzierungen der "Europa"- Idee aussehen könnten und wo trotz aller ethnizistischen und tribalistischen Überformungen dennoch gemeinsame Ideale ausfindig gemacht werden können. In diesem Zusammenhang wäre auch zu beweisen, daß von einem homogenen "Europa" eine größere zivilisatorische Wirkung ausgeht als von einem heterogenen Flickwerk von einzelnen Ethnien und Nationen.

Dabei wirft sich die nicht nur administrative, sondern auch idealische Frage nach dem Verhältnis von Zentralisierung einerseits und föderalistischer Eigenständigkeit andererseits auf. Um nur beispielhaft die Spannbreite anzugeben: Außenpolitische Handlungsfähigkeit setzt bundesstaatliche oder konföderative Kooperationsbereitschaft voraus. Kollektive Identitäten sind psychologischer Natur. Sie haben sich historisch im Regelfall nicht grenzüberschreitend organisiert. Der Mythos der "Resistenza" in Italien, der "Revolution" in Frankreich oder der des "Tell" in der Schweiz sind nicht verallgemeinerungsfähig.

Zu bilanzieren ist in diesem Kontext auch, ob die vorhandenen allgemeinen und prinzipiellen soziomoralischen Konzepte, z. B. im Hinblick auf die Achtung der Menschenrechte, soweit als universell anerkannt werden, um eine rechtsstaatlich verfaßte europäische "civic society"¹⁸ zu ermöglichen. Zu beweisen wäre ohnedies erst noch, ob dieser Gesellschaftstyp in einer über Westeuropa hinausreichenden Realisierung wegen seiner unbezweifelbaren ökologischen Kollateralschäden insgesamt mehr Schaden anrichtet als Nutzen bringt und längerfristig nicht sogar eine finale Dimension beinhaltet?¹⁹

- zu bestimmen, wie weit der Verpflichtungscharakter einer Vision von "Europa" nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes gehen soll? Konkret: Kann es sinnvoll sein, Ethnien, die dabei sind, z. B. aufgrund ihrer historischen Verwurzelung sich anders zu orientieren (etwa die Muslime in Bosnien oder die Türken), auf ein wesentlich von abendländischer Aufklärung geprägtes Europa-Konzept zu verpflichten? Ohnedies bedarf es einer radikalen Abkehr vom missionarischen Eifer, westliche Vorstellungen von Demokratie und Marktwirtschaft den Mentalitäten der Bewohner der GUS-Staaten aufzupropfen.²⁰ Während jahrhundertelanger gesellschaftlicher Sozialisation anders geprägte kollektive Befindlichkeiten lassen sich nicht von heute auf morgen - wenn überhaupt - umkrempeln.²¹
- nachzudenken, wie ein "Europa" als Überlebensgemeinschaft organisiert werden müßte. Dies nicht im Sinne eines "gegen" (also z. B. gegen Migrationsbewegungen, gegen die Klimakatastrophe, gegen technische Großkatastrophen), sondern im Sinne eines gemeinsamen und wirkungsvollen "für" (also z. B. für Umweltschutz, für Friedenserhaltung, für die Erhaltung der europäischen Kulturvielfalt etc.).
- die Notwendigkeit der Einrichtung zentralistischer bürokratischer Strukturen zu untersuchen. Wenn Europa nach heutiger Konzeption sich realisieren sollte, werden in Brüssel etwa 25.000 Beamte Europa beherrschen, ohne dabei selbst einer

wirksamen demokratischen Kontrolle zu unterliegen.²² Die sich mehrenden Verweise auf das Subsidiaritätsprinzip²³ (Die große Einheit soll die kleineren instand setzen, daß sie ihre Aufgaben selbständig erledigen. Aber auch: Die EG-Kommission muß sich rechtfertigen, wenn sie aktiv werden will.) belegen, daß die zentralistische Bürokratie längst nicht mehr von allen Partnern für notwendig gehalten wird. Trotz alledem dürfte es nicht ohne ein gehöriges Maß an Bürokratie abgehen. Dabei könnte die Einrichtung von gut funktionierenden Kommunikationsnetzen zwischen den weitestgehend selbständigen Organisationseinheiten eines Vereinten Europas insgesamt der Integration dienlicher sein als eine zentralisierte Bürokratie.

- schließlich die grundsätzliche Frage zu beantworten., ob man, um den verschiedenen, auch nichtmilitärischen Sicherheitsinteressen zu begegnen, mehr als ein geregelter Geflecht von kooperativen Beziehungen benötigt. Die Geschichte von NATO wie WEU belegen eindrucksvoll, daß eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik allenfalls im Sinne des gemeinsamen kleinsten Nenners zu formulieren ist. Das Problem besteht darin, sowohl den nationalen Sonderinteressen entgegenzukommen als auch Perzeptionen von einer neuen europäischen Hegemonie gering zu halten.

Rahmenbedingungen für ein künftiges "Europa"

Fragen über Fragen. Beantwortbar sind sie derzeit nicht oder nicht zufriedenstellend. Was allenfalls in erster Näherung geleistet werden kann, ist, einige Rahmenbedingungen und deren Einfluß auf eine Beantwortung herauszufinden, Grob gerastert lassen sich diese Konditionen bei einer ersten Sichtung in zwei Gruppen unterteilen: Eher allgemeine politisch-psychologische und eher lebensweltlich konkrete.

Zu den ersteren gehört die geringe analytische Trennschärfe des Begriffs "Europa". Er läßt es nicht zu, spezifische Weisen sozialen Verhaltens oder besondere kognitive Muster beim Subjekt einwandfrei als "europäisch" zu attribuieren. Europäisches Handeln per se gibt es offenbar nicht bzw. es herrscht kein Konsens darüber vor, welche Verhaltensweisen als genuin europäisch bezeichnet werden könnten. Zum Vergleich: Nationalistische Verhaltenssequenzen lassen sich viele aufführen. Sie sind damit einer gezielten Sozialisation zugänglich. Inwieweit diese dann im Sinne der Absicht erfolgreich verläuft, ist hier nicht von Belang und steht nicht zur Debatte.

Mit dem Befund der geringen begrifflichen Trennschärfe wirft sich das Problem auf, inwieweit es ratsam sein kann, alle Europäer begrifflich (und in der Folge formalbürokratisch) über einen Kamm zu scheren. Der mögliche Vorteil einer solchen letztlich egalisierenden Indoktrination, die prima vista erleichterte Kommunikation zwischen Partnern mit einem (zumindest formal) ähnlichen Vorverständnis vom Sinn und Zweck von "Europa", würde die Nachteile einer als erzwungen wahrgenommenen Kooperation und zwangsweisen Aufgabe von Eigeninteressen nicht wettmachen. Ohnedies dürfte die Ankündigung und Anwendung einer begrifflichen Zwangsjacke Interessen, Bedürfnissen und Vorstellungen entgegenkommen, die ihre politische Lauterkeit noch längst nicht bewiesen haben. Gesucht ist somit ein System, das allen Partnern die gleichen Freiheitsgrade der Interpretation von "Europa" zuläßt.

Ebenfalls zu den politisch-psychologischen Rahmenbedingungen für eine Beantwortung der Fragen nach der weiteren Zukunft des Projektes "Europa" gehört seine "Entzauberung" (M. Weber). Eine Profanisierung ist zumindest insoweit notwendig als derzeit noch "idealistisch-visionäre Argumente"²⁴ solche der praktischen Vernunft überlagern. Erst jetzt, nach dem Ende des Kalten Krieges wird deutlich, daß sich eine Art von Europa-Ideologie erfolgreich breitgemacht hat. Ein guter Europäer zu sein, vermittelt auch heute noch Ansehen?²⁵ Eine Folge dieser Ideologisierung ist, daß überhöhte, aufgrund der gegebenen Voraussetzungen letztlich ungerechtfertigte Hoffnungen auf die Problemlösungskapazitäten und -befähigungen "Europas" gesetzt wurden und noch werden. Das Mißlingen und der dann eintretende Frust sind so vorprogrammiert. Die noch immer in der Tagespolitik aufscheinenden Hoffnungen, die Verlagerung nationaler politischer Probleme auf "Europa" würde wesentlich zu deren Lösung beitragen, ist ein Beispiel für die hier gemeinte Ideologisierung.

Eine der lebensweltlich-konkreten Rahmenbedingung für die anstehende Rekonstruktion von "Europa" bezieht sich auf Deutschland und nimmt ihren Ursprung in der jüngsten Geschichte. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Überforderung ihrer Erfahrungen mit der deutschen Einigung tun sich die Deutschen schwer, sich nun auch noch die europäische Einheit vorzustellen. Auch wenn die eine mit der anderen "Einheit" zunächst wenig zu tun hat, ist der psychische Transfer der nicht immer positiven Erfahrungen bei der deutschen Vereinigung (Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft, hohe strukturell bedingte Arbeitslosigkeit etc.) kaum zu vermeiden. Die emotionale Übertragung wird beispielhaft an den Befürchtungen hinsichtlich der Europäischen Währungsunion deutlich, obwohl dabei der Modus sicherlich nicht dem der deutschen monetären Union folgen wird. So betrachtet, wundert es nicht, wenn die Deutschen sich als besonders europamißtrauisch herausstellen.

Die unmittelbaren Vorteile der europäischen Einigung für das Individuum haben sich demgegenüber noch nicht hinreichend verdeutlicht. Eine psychologische Offensive zur Darstellung des individuellen und kollektiven Nutzens von "Europa" ist dringend vonnöten. Dabei sollte es eine konkret-politische Prämisse auch sein, den bislang erreichten Stand der Einigung weder politisch-praktisch noch psychologisch zurückzunehmen. Es ist derzeit schon nahezu unmöglich, jeder der sich für die Zukunft abzeichnenden grenzüberschreitenden Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen auf dem Niveau der bisher erreichten politischen und wirtschaftlichen Kooperation zu begegnen. Um in diesem Zusammenhang nicht mißverstanden zu werden, dies ist nicht so sehr ein nostalgisches Beschwören des guten alten Ost-West-Konfliktes, sondern eher ein Plädoyer für ein von gemeinsamen Interessen geleitetes zweckrationales Miteinander.

Inwieweit die bislang erarbeitete Rechtsordnung als Voraussetzung für alle nachfolgenden Einigungsprozesse noch hinreicht, kann hier nicht beurteilt werden. Es steht allerdings zu vermuten, daß nach dem Wegschmelzen des Kohäsionskleisters des OstWest-Konfliktes Nachbesserungs- und Renovierungsarbeiten erforderlich geworden sind. Denn es hat den Anschein, wie wenn das neue Selbstbewußtsein der einzelnen Staaten, Ethnien, Regionen etc. mit den bisher verhandelten und verabschiedeten Normierungen für "Europa" nicht mehr zusammengeht. Die völlige Kompatibilität aber ist die Voraussetzung für das Vertrauen der Menschen in eine gemeinsame europäische Zukunft.

Literatur

1. o.V., Deutsche gehen auf Distanz zu Europa. In: SZ, 21.7.1992.
2. o.V., ZDF - Politbarometer. Die Stimmung im Oktober. In: SZ, 17./18.10.1992.
3. Vgl. U. Beck, Bis zur Denkhemmung. In: SZ 25.9.92.
4. Vgl. U. Beck, Der feindlose Staat. In: DIE ZEIT 29.10.92.
5. A. Grosser, Was wird aus Europa? Bloß nicht umkehren! In: FAZ, 3.11.92.
6. Vgl. J. J. Mearsheimer, Back to the Future. Instability in Europe after the Cold War. In: International Security, 15, 1990, 5 - 56.
7. Vgl. dazu R. Kurz, Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie. Frankfurt/M. (Eichborn) 1991.
8. Vgl. E. Straub, Angst vor der Nation. In: FAZ, 16.09.1992.
9. R. Dahrendorf, Wege in die Irrelevanz. Schwierigkeiten mit der Bürgergesellschaft. In- FAZ, 28.10.1992.
10. Dazu z.B. Th. Ross, Kontinentale Lebensweise in undramatischer Natur. In: FAZ 27.6.1992; Kritisch: G. Krell, Gleichgewicht aus der Mitte? Deutschland und die europäische Friedensordnung im neuzeitlichen Staatensystem. B. Schoch (Red.), Deutschlands Einheit und Europas Zukunft. Frankfurt/M. (Suhrkamp) 1992.
11. Diese Feststellung wurde so von Th. Nipperdey getroffen. Vgl. Ders., Die Deutschen wollen und dürfen eine Nation sein. In: FAZ 13.7.1990.
12. Dazu H.-U. Kohr / R. Wakenhut, "Neuer Nationalismus"? Emotionale Systembindungen bei Jugendlichen in Ost- und Westdeutschland nach der Vereinigung. In diesem Arbeitspapier.
13. Vgl. K. O. Hondrich, Wovon wir nichts wissen wollten. In: Die Zeit Nr. 40, 25.9.92 S. 68; Ders. Unser Verhältnis zum Krieg. In: TAZ, 10.11.92, S. 13.
14. Vgl. den Bericht über die Studie "Möglichkeiten und Grenzen der multikulturellen Einwanderungsgesellschaften" von H.-J. Hoffmann - Nowotny. In: o.V., Anpassungsleistungen in der multikulturellen Gesellschaft. In: NZZ 2.6.1992.
15. H. Kammler, Ein Markt und viele Staaten. In: FAZ 30.12.92.
16. Vgl. M.V. Montalban, Im Supermarkt der Nationalstaaten. Ein europäisches Bewußtsein läßt auf sich warten. In: SZ 12.1.1993 (Beilage).
17. H. Schauer, Wir brauchen eine neue Europapolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 42/92, S. 3.

18. Dazu R. Dahrendorf, Die Zukunft der Bürgergesellschaft. In: FR 24.1.1992.
19. Vgl. die Diskussionen auf dem Historikertag 1992 "Die demokratische Revolution in Osteuropa und ihre Auswirkungen auf das Geschichtsbild der Gegenwart. In: FR 2./3.10.1992.
20. Vgl. M. Funke, Aktuelle Aspekte deutscher Sicherheitspolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 46/92
21. Vgl. I. Woinowitsch, Der inkonvertible sowjetische Mensch. In: Süddeutsche Zeitung, Nr. 297, 24.12.92.
22. Dazu M.-F. Garaud, Maastricht, Pourquoi Non. Paris (Plou) 1992. Auch: G. Falkner, M. Nentwich, Das Demokratiedefizit der EG und die Beschlüsse von Maastricht 1992. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, H. 3/1992.
23. K. -P. , Schmid , Das Zauberwort für Europa-Müde. In: Die Zeit, Nr. 44, 1992.
24. H. Schauer, a.a.O., S. 3.
25. H. Schauer, a.a.O., S. 3.

Völkischer Nationalismus - eine historische Erblast für die politische Kultur Deutschlands

Detlef Bald

1. Zur völkischen Idee des Nationalstaates

Gesellschaften haben sich - idealtypisch gedacht - in unterscheidbarer Form ihre politische Organisation, den Staat, gebildet. Im Zeichen erhöhter Mobilität, Kommunikation und Individualität als Folge der Umwandlung des gesellschaftlichen Gefüges durch die technisch-industrielle Revolution seit etwa zwei Jahrhunderten hat sich der moderne Nationalstaat herausgebildet, der charakteristischerweise in diesen und aus diesen säkularen, historischen Entwicklungen erklärbar und begründbar ist. Für die politische Gestalt des Nationalstaates, für die kollektive Integration und Identifikation seiner Bürger hat die Bestimmung, wer und wer nicht zu ihm gehören soll, eine grundlegende normstiftende Bedeutung. Es zeigt sich, daß die Staatsangehörigkeit durch Teilhabe an der für die Nation jeweils eigentümlichen Eigenschaften, nämlich durch Teilhabe an der Substanz der Gleichartigkeit begründet wird. Nationalstaat und Bewußtsein, Identifikation, Abstammung, Ausgrenzung oder Integration sind jeweils notwendige Begriffe für kollektive Vorgänge, die eintreten, wenn sich Nationen konstituieren, und die - so gesehen - mehr sind als die traditionellen, gewohnten sozialen Bindungsnetze. Die Substanz der nationalen Gleichartigkeit findet sich vor allem in der Akzeptanz der gemeinsamen Sprache, des religiösen Bekenntnisses, der völkischen bzw. ethnischen Zusammengehörigkeit, der republikanischen Verfassungsnormen und in der als gemeinschaftsstiftend wahrgenommenen Geschichte. Ohne auf Mischformen und weitere Differenzierungen hier eingehen zu wollen, werden nur einige Hinweise auf den deutschen Weg gegeben.

Die Lebensgrundlage der Republik ist die Identifikation der Bürger mit der Rechtsordnung und der politisch-sozialen Ordnung des Gemeinwesens. Die Kraft des Verfassungspatriotismus, daß gerade Freiheit und Recht Gemeinschaft stiften, indem die bürgerlichen Lebens-Chancen - für alle gleich - garantiert werden, zeigt eindrucksvoll die Geschichte der Vereinigten Staaten, Frankreichs und der Schweiz. Die Verfassung, ihre Werte und Symbole bilden die einheits- und identitätsbildende Grundlage des Staates und der Gesellschaft. Die Staatsgründung selbst legitimiert sich aus der Verfassung. Der amerikanische Verfassungspatriotismus bewährte sich in der Integration der Einwanderungsschübe von Menschen aus ganz unterschiedlichen Regionen, Völkern und Kulturen.

In Deutschland führen die republikanischen Traditionen über die schmerzlichen Erfahrungen von Weimar und das große Ereignis der Frankfurter Paulskirchen-Versammlung von 1848 hin zu den umfassenden Reformen von vor 1815 - drei Ansätze mit liberalen Verfassungen, deren Scheitern ein Ausdruck des besonderen Weges und der schwierigen Identität des deutschen Nationalbewußtseins ist. Gleichwohl sind es Kontinuitäts- und Traditionslinien der liberalen und demokratischen Verfassung sowie der Rechtsstaatlichkeit, die gegen Restauration und Obrigkeitsstaat in der Geschichte die Entwicklung vorantrieben. Der deutsche Weg zum Nationalstaat wurde im 19. und 20. Jahrhundert hingegen stark von der völkischen Idee mitgeprägt. Das politische Grundaxiom des völkischen Nationalismus, wie es in der deutschen Geschichte wirksam geworden ist, ist die vorgebliche Einheit von Volk,

Sprache und Grenze, die den Staat konstituieren. In der Nation wird diese Einheit verwirklicht. Alle Ethnien, alle Völker -in der Praxis ist vor allem das je eigene Volk gemeint - haben das Anrecht auf eine eigene staatliche Existenz in einem souveränen Staat. Vielvölkerstaaten sind keine Nation - Träger der Nation kann nur ein Volk sein. Ein weiteres Volk hat in der Nation keinen Platz. Ethnische Minderheiten haben im völkischen Nationalstaat kein Wohn- und Überlebensrecht. Sie werden als Eindringlinge im nationalen Territorium, als Bedrohung der staatlichen Einheit und der Reinheit der Volkskultur gesehen. "Alldeutsch" und "pangermanisch" sind Vokabeln aus der Geschichte.

Die Geschichte der völkischen Nationalstaaten in Europa ist in Vergangenheit und Gegenwart eine ständig neue Geschichte der Ein- bzw. Auswanderungsforderungen, der territorialen Ansprüche an Nachbarstaaten, völkerrechtlicher Regelungen und zugleich der Brüche oder Verletzungen entsprechender Minderheits-Schutzrechte, kurz: der wiederholten und nahezu permanenten politischen Unruhen. Mit Macht diesen Problemen begegnen heißt außenpolitisch, Spannungen, Krisen und Kriege kalkulieren; innenpolitisch begünstigen sie eine Politik der Unterdrückung, Vertreibung bis hin zur physischen Vernichtung ethnischer Minderheiten durch das jeweilige Staatsvolk. Sich in die Volksgemeinschaft und, in ihre Kultur einzufügen, ihr im Konfliktfall alle eigenen individuellen Interessen und Ziele unterzuordnen, ja für sie in der Stunde der Gefahr das eigene Leben zu opfern, wird zur moralischen Verpflichtung. Im völkischen Nationalismus können nur die Angehörigen des Staatsvolkes und ihre Nachkommen wirklich vollberechtigte Staatsbürger sein. Da die Zugehörigkeit zum Staatsvolk durch Abstammung, durch das "richtige" Blut, begründet wird, ist im völkischen Nationalismus immanent eine rassistische Komponente enthalten.

Der Volksgeist offenbart und materialisiert sich in der Volkssprache und Volkskultur. Volkssprache und Volkskultur bilden eine wesenhafte Einheit. Daher z. B. muß die Volkssprache von Fremdwörtern gereinigt und die Volkskultur von fremden Einflüssen befreit werden. Wie in allen Formen des Nationalismus wird gerade auch im völkischen Nationalismus die nationale Staatsideologie durch Geschichtsklitterungen und Mythen untermauert. Diese Geschichtsklitterungen wurden, um nur wenige Beispiele anzudeuten, im 19. Jahrhundert von der jeweiligen wissenschaftlichen Geschichtsschreibung nach ähnlichen nationalen Mustern "produziert". Die Geschichte Preußens wurde zur Vorgeschichte des deutschen völkischen Nationalstaats von 1871 umgedeutet. Dabei wurde unter den Tisch gekehrt, daß Preußen nach der dritten polnischen Teilung mehr polnische als deutsche Einwohner hatte und daß 1812 der Aufruf des preußischen Königs "An mein Volk ..." in Deutsch, Sorbisch und Polnisch veröffentlicht worden war; ferner, daß das preußische Königreich in den Akten der Wiener Konferenz von 1815 als slawisches Königreich bezeichnet worden war. Deutsche bzw. germanische Identität baute auf einem ethnisch künstlich konstruierten Substrat der Einheitlichkeit auf. Die ideologischen Grundlagen des völkischen Nationalismus wurden im ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhundert im deutschen Idealismus und in der Romantik, insbesondere von den Philosophen Herder, Fichte und Schelling, entwickelt. Die Mythen der Arier und Germanen, der Slawen und Türken mit ihren historischen Heldenepen gewannen ihre Stilisierungen und allgemeinen Überhöhungen. Der völkische Nationalismus in Mitteleuropa entfaltete seine vulkanische politische Kraft und Dynamik zuerst in den Freiheitskriegen gegen Napoleon. In der Reaktion auf den französischen republikanischen Nationalismus und in den Kämpfen um die Einheit des Nationalstaates wurde der völkische Natio-

nationalismus zur Staatsideologie der Deutschen. Er bildete nicht nur die ideologische Grundlage der Reichsgründung Bismarcks sondern lieferte auch den ideologischen Sprengsatz für die Zerstörung der Weimarer Republik durch die Nationalsozialisten.

2. Völkische Einflüsse im Grundgesetz

1945 - Die Stunde Null und des Neuanfangs in Deutschland angesichts der Übersteigerung des germanozentrischen Machtstaates und des offenen Rassismus bis an sein Ende brachte eine Besinnung auf Vernunft und Humanität: "Die Würde des Menschen" sollte der Grund allen Handelns sein und "unantastbar" die Freiheit der Person, die Gleichheit vor dem Gesetz, die Glaubens- und Meinungsfreiheit für jeden und für alle Menschen garantieren (GG 1, 2, 3, 4). Im liberal-republikanischen Geist sollte über die Verfassung ein Konsens der Freiheit und des Rechts angeboten werden.

Die völkische Tradition des Nationalstaates allerdings blieb für das Grundgesetz nicht ohne Relevanz, ja, sie gab ihm einen Teil des Rahmens. Der westliche deutsche Teilstaat, die Bundesrepublik Deutschland, wurde als Republik für "Deutsche" gegründet. Die neue Republik bildete nach ihrem Selbstverständnis eine provisorische staatliche Ordnung für die in Freiheit lebenden "Deutschen" nur "für eine Übergangszeit". Die Wiedervereinigung des "Deutschen Volkes" - im Hinblick auf Österreicher, die Deutschschweizer, die Südtiroler und andere deutsche Minderheiten außerhalb des Staatsgebietes und im Hinblick auf die Emigranten in aller Welt ein politisch brisantes Postulat, das ja für die sog. Deutschstämmigen in Polen und Rumänien wie in Rußland ('Wolgadeutsche') gilt und auch möglicherweise für die in Brasilien oder den USA ('Deutsche Kolonie) usw. - erhielt den Rang eines Verfassungsauftrags: "Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden." In der Form der Selbstbestimmung fügte sich das 'Wiedervereinigungspostulat' in die republikanische Verfassungsstruktur des Grundgesetzes ein, Gleichwohl klingt in der das Grundgesetz einleitenden und mit besonderem Anspruch auf Gültigkeit ausgestatteten Präambel jenes aus der Geschichte des ethnischen Nationalismus bekannte Grundmuster an, das das Bürger-Sein in diesem Staat über die Teilhabe am "Volk" erklärt und begründet. Das in Grundgesetz enthaltene ethnische Grundmuster kommt allerdings klar und deutlich in dem Widerspruch zum Ausdruck, der zwischen den für "alle gültigen" und den nur Deutschen vorbehaltenen Grundrechten besteht. In den Bestimmungen über Versammlungs-, Vereinigungs-, Berufsfreiheit, Freizügigkeit und Auslieferung ist nur von Rechten "für alle Deutschen" die Rede. "Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet" (Art. 11), und "kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden" (Art. 16 Abs. 2, 1). Fundamentale Rechte werden also im Widerspruch zu dem Grundanliegen des Art. 3 allein Deutschen vorbehalten. Sie gelten nicht einfach für die (Staats-) Bürger dieser Republik bzw. den auf ihrem Territorium Geborenen.

Wer aber ist ein Deutscher? Gerade hier zeigt sich der völkische Keim des Grundgesetzes. Nach Art. 116 können deutsche Staatsbürger nämlich nur diejenigen sein, die die deutsche Staatsangehörigkeit bereits - durch Geburt - besitzen, ferner Nachkommen der im Gebiet des Deutschen Reiches vom 3 1. Dezember 1937 schon Ansässigen sowie "Flüchtlinge oder Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit". Nach welchen Kriterien gilt das? Allein Abstammung von Deutschen, auch Beherrschung der deutschen Sprache (wie gut?) oder - nach der Rechtsprechung - das "Bekenntnis

zur deutschen Kultur"? Was macht die Substanz dieser Kultur aus, Kenntnisse der Schriften Goethes und Schillers oder die Fähigkeit, die Bild-Zeitung zu verstehen? Warum werden Volksdeutsche, Staatsbürger fremder Staaten, deren Vorfahren vor Jahrhunderten aus den Staaten des alten ersten Römischen Reiches nach Osteuropa, dem Balkan oder Rußland auswanderten, bevorzugt? Die Ambivalenz solcher Orientierung ist offenkundig. Die im Grundgesetz angelegte Spannung zwischen weltbürgerlich-republikanischen und nationalstaatlich-völkischen Verfassungsnormen ist bis heute nicht aufgelöst worden. Ihre politische Brisanz für die Legitimität der politischen Ordnung in der Bundesrepublik wurde lange Zeit kaum erkannt oder aus dem Bewußtsein verdrängt. Dabei geht es hier um entscheidende Zukunftsfragen: um das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik, um ihr Verhältnis zur eigenen Geschichte, zu Europa und zur Dritten Welt.

Das praktische Fortwirken der völkischen Idee in der Bonner Republik und der politischen Wirklichkeit der Gegenwart fällt immer wieder auf. Sie ist bis heute in der politischen Kultur in der Bundesrepublik lebendig geblieben. Völkischer Nationalismus zeigt sich in den Einstellungen zum Bürger- und Bleiberecht von Gastarbeitern, zum Wahlrecht von EG-Europäern oder anderen Ausländern, zur Frage der Einwanderung oder generell zur Einbürgerung von Ausländern sowie in der Praxis der Gewährung politischen Asyls und der Diskussion über das Asylrecht. Die Akzeptanz des Asylrechts in der Bevölkerung ist insofern kein ausschließliches Problem, das als Sonderfaktor des Rechtsextremismus oder Terrorismus betrachtet werden kann. Dies ist ein typisches Element der deutschen völkischen Nationalstaatsidee und somit Teil der politischen Kultur des deutschen Bürgertums. Es bleibt der Tatbestand, daß Ausländern in der Bundesrepublik die geforderte Voraussetzung für das Wahlrecht und der Erwerb der Staatsbürgerschaft durch Einbürgerung bislang mit überhöhten gesetzlichen, administrativen und finanziellen Hürden erschwert werden. Die jahrelange Auseinandersetzung über den Sonderweg, die positive oder negative Kontinuität der deutschen Geschichte wurde im Historikerstreit durch den Vergleich der historischen Untaten "der" deutschen Nation mit den Untaten anderer Nationen verschärft. Dieser Vergleich artete zwangsläufig zu einer akademisch-akribischen Buchhaltung des Grauens aus. Im Endeffekt wurden dabei die Menschheitsverbrechen relativiert: Man relativierte gewollt oder ungewollt die Verbrechen des Holocausts unter Verweis auf den Völkermord in Kambodscha, die Armeniermorde, die Grausamkeit der Religionskriege aller Zeiten, die Genozide der spanischen Eroberer in Lateinamerika, die Vernichtung der Indianer usw.

Diese Verarbeitung der deutschen Geschichte war restaurativ. Sie führte zurück in die Ursünde des völkischen Nationalismus, die Aufteilung der Menschheit in (völkische) Kollektive unterschiedlicher moralischer Qualität. Waren die rassistischen Verbrechen schon ganz 'normale' Fälle der Geschichte, dann konnte das völkische Ideal 'der' Deutschen ja kaum in Frage gestellt werden, wie simplifizierende Geschichtsklitterei in der Bonner Republik schnell erkannte. Die Interpretation klang im Streit der Historiker an. Die Verbrechen an Juden, Armeniern, Indianern oder Deutschen waren Verbrechen, nicht weil sie durch Völkerkollektive an bestimmten Völkern, sondern weil sie durch Menschen an Menschen begangen wurden. Nur: Denkmäler des völkischen Nationalismus lassen sich allerorten und in der politischen Kultur der deutschen Gesellschaft wiederfinden.

3. Probleme für das Militär

Das völkische Nationalstaatsdenken hat sich in den Verfassungen Deutschlands niedergeschlagen und hat - wie die Staatsverfassung die Heeresverfassung bestimmt - natürlich Auswirkungen auf das Verhältnis von Militär und Gesellschaft; denn auch beide unterliegen dem, was politische Kultur genannt werden kann. Am entschiedensten wird das bei der Wehrpflicht deutlich, die in der Praxis allen Ausländern verwehrt ist.

Der Ausschluß der Ausländer vom Dienst in der Bundeswehr und die landläufigen Einstellungen zum "Wehrdienst" sind Überbleibsel aus dem Ideengut des völkischen Nationalismus. Nur Angehörige des Volkes sollen die Nation verteidigen. Nur sie dürfen, wie es früher hieß, des Kaisers Rock tragen. Demgegenüber wurde in der amerikanischen, englischen und französischen Geschichte nie ein Problem darin gesehen, Ausländer in die eigenen Streitkräfte aufzunehmen. In Amerika bietet der Eintritt in die amerikanische Armee seit jeher (sogar illegalen) Einwanderern die Möglichkeit der Einbürgerung. In Frankreich ist die Fremdenlegion eine berühmte Tradition und Eliteeinheit des Heeres. England gewann den Falkland-Krieg mit Hilfe nepalesischer Gurkhas. Das Tragen der Uniform ist in der Bundesrepublik jedoch immer noch ein hehrer symbolischer "Dienst" an der deutschen Nation, wie die lange Tradition nicht nur der öffentlichen Bewertung gesichert annehmen konnte. Zweifelsohne liegt hier seit Jahrzehnten ein Wandel in der Einschätzung, zumindest in der jüngeren Generation, vor; doch hat die Politik der Bundesregierungen den Militärdienst für ausländische Bürger tabuisiert.

Die Wehrpflicht ist ein Reservat der Deutschen, in das selbst in Deutschland geborene Ausländer nicht eindringen dürfen. Sogar die Angleichung der Bürgerrechte im Binnenbereich der EG nach den Reformen des Jahres 1992 sehen nicht vor, 'Europa-Bürgern' im Lande ihres Wohnortes das Recht einzuräumen, (wahlweise) für die Ableistung ihrer Wehrpflicht zu optieren. Das Phänomen erstaunt, gibt es doch seit Jahren Erfahrungen mit dem binationalen militärischen Korps und mit multinational besetzten NATO-Stäben und Einheiten. Und hatte es nicht bereits in den Jahren 1950-52 Planungen für eine weitgehende multinationale militärische Integration im Rahmen der Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft gegeben, die das Modell des kontinentaleuropäischen Militärs hätte revolutionieren sollen? Die EVG hätte dies geleistet.

Es verwundert, daß in der Bonner Republik dann die Idee des nicht-national strukturierten Militärs zugunsten einer strikten völkisch-nationalen, traditionellen Version aufgegeben worden ist. Auf den ersten Blick erweisen die einschlägigen Verfassungsbestimmungen ihren republikanischen Geist der Offenheit: "Männer können... zum Dienst in den Streitkräften... verpflichtet werden" (Art. 12 a); und das Soldatengesetz führt weiter aus, "Soldaten" und "Staat" seien durch "gegenseitige Treue miteinander verbunden" (§ 1, 1). Das klingt offen, nicht völkisch bestimmt; doch da steht der Begriff "Staat", der - wie erkenntlich - eindeutig die inhaltliche Ladung hat, nämlich den Deutschen vorbehalten zu sein. Ein weiterer Blick ins Grundgesetz bestätigt, "Männer" und "Soldat" im Kontext der völkischen Tradition zu begreifen, heißt es doch in dem der Wehr- und Dienstpflicht (Art. 12 a) vorangestellten Artikel 12 über die Berufsfreiheit, dieses Recht gelte ausschließlich und für "alle Deutschen". Die völkische Tradition, die den Kontext liefert, ist überholt, auch wenn die nationalsozialistische, spezifisch antijüdische Komponente ohne Relevanz für die Bundeswehr

geblieben ist; hieß es doch im Wehrgesetz vom Mai 1935 in § 15: "Arische Abstammung ist eine Voraussetzung für den aktiven Wehrdienst."

Die rechtliche Einbindung der Wehrpflicht erweist, daß sie als Rekrutierungsmaxime der Bundeswehr konkludent aus dem völkisch nationalen Traditionsgut des Grundgesetzes zu verstehen ist. Diese Entscheidung des Gesetzgebers ist aus den fünfziger Jahren und aus dem Nationalverständnis der Zeit erklärlich, dennoch nicht notwendig gewesen. Andere europäische Nationen gewährten im Unterschied zur deutschen Form dem Militär eine Verfassung, die multinationale Varianten oder Alternativen mit einschloß. Bemerkenswert ist weiterhin, daß der Geist der europäischen Integration, wie er im Rahmen der EVG schon manifest zu finden war, keinen Einfluß auf die Wehrgesetzgebung ausübte oder später die Praxis des Militärdienstes mitprägen konnte.

Wehrpflicht kann ein Instrument der Integration und der Verwirklichung der Rechte der Bürger sein. In der deutschen Geschichte legen die Reformen des berühmten Gerhard von Scharnhorst oder der Verfassung der Frankfurter Paulskirche von 1848/49 Zeugnis von diesem republikanischen Geist ab. Dorthin führen die Traditionslinien einer freiheitlichen politischen Kultur, die, wie Ralf Dahrendorf treffend erkannte, zur Voraussetzung einer offenen Gesellschaft zählt. Die Verabschiedung der Verfassung für (das vereinte) Deutschland, die Ratifizierung der Verträge von Maastricht und die Reform der Sicherheitsarchitektur der westlichen Allianz sind drei Faktoren einer Epoche im Wandel, von denen jeder einzelne eine hinlängliche Chance böte, im Militärischen den Ballast der völkisch-nationalen Identifizierung abzuwerfen und den Bürgern, die in dieser Republik wohnen, die Gleichberechtigung für offene Lebensbedingungen zu schaffen.

4. Völkischer Nationalismus ohne Zukunft

In der neuen deutschen Demokratie, in der politisch-sozialen Ordnung der Bonner Republik hat das aufklärerische Vernunftdenken noch nicht die angemessene Geltung gefunden. Manche Traditionslinien der inhaltlichen Grundordnung gehen auf völkischnationale Erfahrungen zurück, deren Übersteigerungen in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts manche exzessiven und menschenverachtenden Folgen hatten.

In diesem Kontext ist noch einmal herauszustellen, daß dieser völkische Sonderweg zunächst und überhaupt kein einfacher rigider Rassismus ist, sondern daß er als solcher vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus politisch unterschiedlich instrumentalisiert werden konnte. Aus diesem Grunde ist ein sensibler und behutsamer Umgang mit völkischen Tendenzen angesagt, damit solche Einseitigkeiten keine Chancen haben.

Das Grundgesetz beruft sich für die Werte und Ordnungen in Staat und Gesellschaft nicht auf die Würde des Deutschen, sondern auf die Würde des Menschen. Die Würde des Menschen und die aus ihr abgeleiteten Menschenrechte sind nur begründbar, wenn sie den Menschen aller Völker zugestanden wird. Insofern wurden grundlegende Lehren aus der Geschichte gezogen. Historische Katastrophen der deutschen Politik können Bewußtsein und Klarheit bewirken, damit die weitreichenden Implikationen von 'Nation' deutlich werden.

Erinnerungswert ist, die Defizite der historischen Einigung der Nation nicht aus den Augen zu verlieren, um die Gegenwart nicht an einer unzutreffenden Beschreibung der Vergangenheit zu messen. Staats-, Sprach- und Kulturnation waren in Deutschland nie deckungsgleich; vielleicht erklärt sich auch daher, wie schrill die Fiktion der vermeintlichen völkischen Eindeutigkeit politisch verfolgt wurde, indem andere Menschen in diesem Land verfolgt wurden.

Monolithisch war der völkische Nationalismus über die Zeiten nicht. Aber seit den Befreiungskämpfen gegen Napoleon impliziert er zugleich einen Kampf gegen die Freiheitsrechte, die ihren Weg aus der liberalen republikanischen Verfassung der Franzosen nach 1789 über den Rhein gefunden hatten. Diese Dimension ist eine Ablehnung der Aufklärung und ihrer politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Folgen; damit verwoben ist der (latente) Antisemitismus, ganz in dem Maße, wie er eine Ablehnung der bürgerlichen Emanzipation gewesen ist. Völkischer Nationalismus und Anerkennung der liberalen und demokratischen Wertordnung sind in Deutschland nicht identisch, vielmehr überwölbte der Mythos einer christlich-germanischen Blutsgemeinschaft die Realität, um Gruppen der Gesellschaft, Juden oder Ausländer auszugrenzen.

Die Hypothek der Ideologie des völkischen Nationalismus hat in Krisensituationen wirkungsmächtig ihre Bedeutung in der Vergangenheit gehabt. Ihr reaktionärer Grundtenor, andere zu stigmatisieren, wird angesichts der europäischen nachbarschaftlichen Offenheit und der Integration deutlich. National-regionale Bindung und europäische Integration werden über einen menschenrechtlichen Verfassungspatriotismus eine Perspektive erhalten, wenn nicht ein provinziell-chauvinistischer Entmodernisierungsprozeß die politische Kultur in Deutschland unterlaufen soll. Die Symbole der Vergangenheit können in dem Klärungsvorgang nach dem Ende der politischen Nachkriegsordnung von dem zwielichtigen Dunkel ihrer Halbherzigkeit der Orientierung befreit werden und ihren Charakter als dilatorische Formeln verlieren. Völkischer Nationalismus hat keinen Platz mehr als Bezugsgrundlage der deutschen Staatsräson in Europa.

Literatur

Fritsch-Bournazel: Europa und die deutsche Frage. München 1990.

Greiffenhagen, M. und S.: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur Deutschlands. München 1980.

Grosser, A.: Das Deutschland im Westen. Eine Bilanz nach 40 Jahren. München 1985.

Oberndörfer, D.: Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas. Freiburg 1991.

Scheuch, E. K. und U.: Wie deutsch sind die Deutschen? Eine Nation wandelt ihr Gesicht. Bergisch Gladbach 1991.

Senghaas, D.: Friedensprojekt Europa. Frankfurt 1992.

Wolffsohn, M.: Keine Angst vor Deutschland! Erlangen 1990.

Zu Theorie und Operationalisierung von Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit

Jutta Gallenmüller und Roland Wakenhut

Eine psychologisch gehaltvolle Theorie zum Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit in Anlehnung an den Sprachgebrauch bei Schweigler (1973) im folgenden auch als Nationalbewußtsein bezeichnet - existiert bislang erst in Ansätzen. Insbesondere aus entwicklungspsychologischer Sicht liegen mit den in der Tradition von Jean Piaget (Piaget & Weil 1951) stehenden Untersuchungen (u. a. Jahoda 1963 a, b) zu den kindlichen Vorstellungen über Heimat und fremde Länder theoretisch fundierte Beiträge vor.

Mit losem Bezug auf diese Untersuchungen haben Henri Tajfel und Kollegen in den 60er Jahren eine international-vergleichende Studie bei 6- bis 12-jährigen Kindern zur Entwicklung nationaler Einstellungen durchgeführt. Die Kinder klassifizierten eine Reihe von Porträtaufnahmen nach angenommener Nationalität und Sympathie. Die Ergebnisse belegen einen positiven Zusammenhang zwischen Zuordnung zur eigenen Nation und Sympathie, der allerdings mit zunehmendem Alter abnimmt (Tajfel et al. 1970). In späteren Arbeiten (Jaspars et al. 1972) wurden die durch zusätzliche Untersuchungen noch ergänzten Ergebnisse auch in die 3-Stufen-Entwicklungstheorie des Vorurteils von Allport (1954) eingeordnet. Bezüge zu der ab 1972/73 entwickelten Theorie der sozialen Identität von Tajfel (1974, 1981; vergl. zusammenfassend A. Mummendey 1985) finden sich in Tajfels letzter Monographie von 1981, wo die Untersuchungen zu nationalen Einstellungen noch einmal zusammengefaßt werden. Eingedenk der Tatsache, daß die Theorie der sozialen Identität zunächst für alle kollektiven Identifikationen Gültigkeit beanspruchen kann, haben Schäfer & Schlöder (1990) vorgeschlagen, das Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit bzw. nationale Identität als einen Aspekt sozialer Identität aufzufassen.

Angesichts dieser Sachlage wäre zunächst zu überlegen, inwieweit sich nationale Einstellungen mit dem hier interessierenden Nationalbewußtsein vergleichen lassen bzw. inwieweit die Einstellungsforschung überhaupt einen fruchtbaren Bezugsrahmen für einschlägige Analysen abgeben kann. Im weiteren bliebe zu klären, ob sich nationale Identität bruchlos unter das Tajfelsche Konzept der Gruppen- bzw. sozialen Identität subsumieren läßt.

Ohne weitere Diskussion kann man festhalten, daß mit dem Begriff des Bewußtseins ein sehr viel weiter gefaßtes Konstrukt umschrieben wird als mit dem herkömmlichen Einstellungskonzept. Dies trifft um so mehr zu für die in der neueren Literatur wieder favorisierten eindimensionalen Konzeptionen von Einstellung. Die Einstellungsforschung hat sich zumeist auf eine spezifische Ausformung von Nationalbewußtsein beschränkt, nämlich auf den Nationalismus. Dafür gibt es gute Gründe, die nicht zuletzt in der politisch-praktischen Bedeutung nationalistischer Einstellungen liegen. Die einschlägigen Beiträge und Instrumentenentwicklungen sind eher empirisch-pragmatisch orientiert - die eigene Nationalismus-Skala (vergl. Hartmann & Wakenhut 1972) nicht ausgenommen. In diesem Kontext bleibt das eigentliche Objekt einer Einstellung, "Nationalismus", die Nation, theoretisch unbestimmt. Bei den zur Einstellungsmessung verwendeten Statement-Skalen ist es zudem irrelevant, das Einstellungsobjekt Nation begrifflich zu präzisieren, solange die allgemein gehaltenen Statements über Nation von den Befragten konsistent beantwortet werden. Unklar-

heiten und Widersprüche werden von der Methode zugedeckt. Der Rahmen der Einstellungsforschung erscheint insgesamt als zu unspezifisch, um Nationalbewußtsein angemessen operationalisieren zu können.

Schwierigkeiten ergeben sich auch, wenn man sich auf die Theorie der sozialen Identität -zutreffender auch als "categorization-identity-comparison (= CIC) theory" bezeichnet -abstützt. Gegen die Subsumierung einer nationalen Identität bzw. von Nationalbewußtsein unter das Tajfelsche Konzept der sozialen Identität sprechen eine Reihe von Gründen, die sich thesenartig folgendermaßen zusammenfassen lassen:

- (1) Tajfel begreift soziale Gruppe analog zum Verständnis von Nation bei dem Historiker Emerson (1960):
"Die einfachste Aussage, die man über eine Nation machen kann, besteht darin, daß sie aus einer Ansammlung von Leuten besteht, die der Ansicht sind, daß sie eine Nation darstellen; und es kann sehr gut sein, daß nach Abschluß aller detaillierten Analysen die endgültige Aussage genauso aussehen wird. (zitiert nach Tajfel 1982, S. 70)

Mit dieser Bestimmung ergibt sich implizit eine deutliche Nähe zu einem subjektivistischen Verständnis von Nation. Nation gerät zu einem bloßen Konstrukt, dessen objektive gesellschaftliche Voraussetzungen aus dem Blickfeld geraten. Damit wird der von Graumann (1988) kritisierten "Kognitivierung der Realität" weiter Vorschub geleistet.

- (2) Die für die Ausbildung von sozialer Identität entscheidenden Bedingungen der individuell erlebten Gruppenzugehörigkeit und des Intergruppenvergleichs lassen sich schwerlich direkt auf eine nationale Identität übertragen. Zum einen wird nationale Zugehörigkeit eher selten erfahren. Thomas (1992, S. 67) merkt dazu an:

"Für einen Deutschen ist die Tatsache, daß er Deutscher ist und sich der Gruppe der Deutschen zugehörig fühlt, kein zentrales Thema".

Zum anderen haben Vergleiche zwischen Nationen, die für das Individuum schwer faßbar und überschaubar sind, nur in seltenen Fällen eine direkte Erfahrungsbasis wie Vergleiche zwischen Gruppen. Auswahl und Gewichtung der Vergleichsdimensionen dürften bei nationbezogenen Vergleichen ungleich impliziter und stärker sozial vermittelt erfolgen.

- (3) Nation ist im Gegensatz zu einer sozialen Gruppe alltagsferner, weniger direkt erfahrbar und insofern emotional weniger besetzt. Anders als das Gruppenbewußtsein hat Nationalbewußtsein aufgrund seiner Alltagsferne zunächst auch weniger mit der Selbsteinschätzung und Selbstbewertung zu tun. Wenn Schäfer & Schlöder (1990, S. 320) argumentieren:

"Wissen um Eigenart und Charakter der Nation bedeutet immer zugleich Wissen um sich selbst. "

so kann allenfalls eine sehr indirekte Verbindung zwischen individueller Selbstbewertung und nationbezogener Bewertung unterstellt werden. Mit dieser Kritik an der Analogisierung von Gruppenbewußtsein und Nationalbewußtsein ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß ein Individuum unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen sein Nationalbewußtsein sekundär für Zwecke der Selbstbewertung instrumentalisiert.

- (4) Anders als eine soziale Gruppe ist eine Nation auch als eine Art von "Zwangsgemeinschaft" zu verstehen, die nicht ohne weiteres verlassen werden kann. Selbst wenn der einzelne Staatsbürger beim Vergleich seiner Nation mit anderen Nationen zu einem negativen, als stabil und illegitim eingeschätzten Vergleichsergebnis gelangt, wird er seine Nation in der Regel nicht verlassen. Parallelen zwischen Gruppenmitgliedschaft und nationaler Zugehörigkeit suggerieren eine Wahlmöglichkeit, die in der Realität kaum gegeben ist. Die für Tajfels Konzept der sozialen Identität zentralen sozialen Vergleiche sind für eine nationale Identität weitgehend irrelevant, da Vergleiche zwischen Nationen ohne Konsequenzen für die nationale Zugehörigkeit bleiben.
- (5) Die Beziehung zu anderen Nationen ist a priori mit einer folgenreichen Hypothek belastet: Nationalbewußtsein als ein Aspekt sozialer Identität müßte sich immer konkurrierend zur Wahrnehmung und Bewertung anderer Nationen entwickeln. Je stärker die Identifikation mit der eigenen Nation und damit je positiver die eigene soziale Identität erfahren wird, desto schärfer würde gegenüber anderen Nationen differenziert. Aufwertung der eigenen Nation implizierte eine de facto-Abwertung anderer Nationen und schüfe einen Ausgangspunkt für Aggressionen und Konflikte.
- (6) Schließlich legt es eine in diesem Sinne aufgefaßte nationale Identität nahe, sich in der empirischen Forschung auf den Aspekt eines exklusiv-konkurrierend vorgestellten Nationalstolzes zu beschränken. Der Blick auf andere Formen von Nationalbewußtsein wird verstellt.

Nach dieser kritischen Bilanz erscheint das Tajfelsche Konzept der sozialen Identität eher angemessen für subnationale kollektive Identitäten, wie kulturelle oder ethnische Identitäten.

Theoretische Grundlage des Fragebogens zur Erfassung des Bewußtseins nationaler Zugehörigkeit

Das empirische Faktum aus den frühen Tajfelschen Untersuchungen, daß sich nationale Präferenzen und Einstellungen mit zunehmendem Alter von affektiver Konsistenz hin zu kognitiver Differenziertheit entwickeln, ist auch mit dem Grundgedanken der kognitiven Entwicklungstheorien vereinbar (siehe Lind 1985). Die eigene Entscheidung für eine Konzeptualisierung von Nationalbewußtsein auf der Grundlage dieser Theorien sollte auf der einen Seite spezielle Ausformungen des Nationalbewußtseins wie Nationalismus oder Patriotismus integrieren und auf der anderen Seite eine stärker theoriegeleitete Konstruktion eines Meßinstrumentes ermöglichen, als es das in der Einstellungsforschung übliche Vorgehen erlaubt.

Ohne die Entwicklungsschritte für den Fragebogen zur Erfassung nationaler Zugehörigkeit im einzelnen noch einmal darzustellen (vergl. hierzu Gallenmüller & Wakenhut 1992), sollen die theoretische Fundierung des damit erfaßten Konstrukts, die Auswertungsstrategie und einige empirische Erfahrungen zur Bewährung vorgestellt werden.

Nationalbewußtsein wird als Produkt politischer Sozialisationsprozesse betrachtet, die Nation in einen je spezifischen Urteilsrahmen stellen, der von einer einfachen, affektiv bestimmten bis hin zu einer kognitiv differenzierten Sichtweise reichen kann. Dieser Urteilsrahmen richtet sich nach dem je erreichten Entwicklungsstand der sozialen Perspektive (vergl. Selman 1980). Entwicklung von Nationalbewußtsein und soziale Entwicklung werden in einem engen Zusammenhang gesehen.

In Anlehnung an die Entwicklungsniveaus des moralischen Bewußtseins nach Kohlberg (1976), die der Autor mit spezifischen Niveaus der sozialen Entwicklung verknüpft, werden drei nationbezogene Sozialperspektiven spezifiziert. Sie sind strukturell vergleichbar den Kohlbergschen Stufen 2, 4 und 6. Eine erste, enge soziale Perspektive, die den Rahmen der eigenen Interessen und Bedürfnisse nicht überschreitet, beurteilt Nation aus einem instrumentalisierenden Blickwinkel heraus. Nation wird verknüpft mit Stärke, Macht oder Überlegenheit. Eine weiter gefaßte soziale Perspektive bezieht Nation auf den gegebenen sozialen und gesellschaftlichen Kontext. Eine noch weiter gefaßte soziale Perspektive schließlich, die über den nationalstaatlichen Rahmen hinausreicht, relativiert die Einschätzung der eigenen Nation, indem sie diese in einen verbindenden Kontext mit anderen Nationen stellt.

Diesen drei Perspektiven entsprechen differentielle Deutungen und Funktionszuschreibungen für Nation: Je nach den Funktionen, die Nation unterlegt werden, ergeben sich drei qualitativ unterschiedene Ausformungen des Bewußtseins nationaler Zugehörigkeit (Tabelle 1):

nationbezogene Sozialperspektiven	Funktionen und Deutungen, die mit Nation verknüpft werden
Vor-System Perspektive(-- > Nationalismus)	Abgrenzung, Ausschließung, Dominanz, Vormachtstellung, Überlegenheit, Stärke
systemzentrierte Perspektive (-- > Patriotismus)	Gemeinschaft, Solidarität in der Gesellschaft, Stabilisierung, staatliche Ordnung, Traditionen
systemübergreifende Perspektive (> Verfassungspatriotismus)	Staaten- und Völkergemeinschaft, Demokratie, Freiheit, Grundrechte und andere universalisierbare Funktionen

Tab. 1: Qualitäten des Bewußtseins nationaler Zugehörigkeit

In einer weiterführenden Interpretation, die noch einer theoretischen und empirischen Absicherung bedarf, ließe sich die Vor-System Perspektive mit Nationalismus, die systemzentrierte Perspektive mit Patriotismus verbinden. Für die systemübergreifende Perspektive gestaltet es sich etwas schwieriger, eine vergleichbare Benennung zu finden; die inhaltliche Nähe zum "Verfassungspatriotismus" bei Habermas (1990, S. 173) ist freilich unverkennbar und mag die hier getroffene Begriffswahl rechtfertigen.

Format und Auswertung des Fragebogens

Der Fragebogen sollte in einem möglichst offenen Format so konzipiert werden, daß er das Konstrukt Nationalbewußtsein in mehreren Aspekten erfassen kann. Ein vergleichbar offenes Fragebogenformat findet sich u. a. im Trierer Inventar zur Politischen Partizipation (vergl. Krampen & Martini 1990).

Die Gewinnung und Formulierung von Indikatoren mußte die Tatsache berücksichtigen, daß Nation für den Staatsbürger eher selten und dann nur indirekt erfahrbar ist.

Die für das Nationalbewußtsein relevanten subjektiven Vorstellungen von Nation beziehen sich daher auf "Stellvertreter", Symbole oder Repräsentanten von Nation. Im vorliegenden Fragebogen sind 13 solcher Symbole enthalten, die sich in mehreren Voruntersuchungen als charakteristisch für die Population der Jugendlichen und jungen Erwachsenen erwiesen hatten. Die Auswahl der Symbole deckt sich - von altersspezifischen Besonderheiten abgesehen - weitgehend mit den bei Scheuch & Scheuch (1991, S. 86f.) dokumentierten Bezugspunkten des deutschen Nationalstolzes, wie sie sich aus demoskopischen Repräsentativbefragungen ergeben. In unserem Fragebogen geben die Befragten in einem ersten Schritt an, ob die Symbole für sie persönlich nationale Symbole darstellen oder nicht (Symbol-Akzeptanz). In einem zweiten Schritt werden die Symbole auf einer mehrstufigen Antwortskala als positiv bzw. negativ bewertet (Symbol-Bewertung). Entscheidend und konstitutiv für das Nationalbewußtsein sind freilich erst die subjektiven Deutungen der Symbole, die in einem dritten Schritt vorgegeben werden. Es wird angenommen, daß in Abhängigkeit vom Entwicklungsstand der Sozialperspektive spezifische Funktionszuschreibungen zu Nation erfolgen. Jedem Symbol sind drei prototypische Funktionen in Form von kurzen Statements beigegeben, mit denen die in Tabelle 1 beschriebenen nationbezogenen Sozialperspektiven abgebildet werden. Die Befragten geben auf einer mehrstufigen Antwortskala ihre Präferenzen zu den einzelnen Funktionszuschreibungen an (Symbol-Präferenz).

Durch die Anlage des Fragebogens ergeben sich bei einer an die Likert-Skalierung angelehnten Auswertung insgesamt fünf Subskalen, die unterschiedliche Aspekte von Nationalbewußtsein erfassen: Akzeptanz und Bewertung nationaler Symbole sowie die Präferenzen gegenüber den drei nationbezogenen Sozialperspektiven.

Im vorgegebenen Rahmen soll nicht weiter auf die üblichen psychometrischen Gütekriterien dieser Subskalen eingegangen werden; nach Trennschärfe und interner Konsistenz genügen sie den üblichen Standards. Statt dessen soll eine Möglichkeit vorgestellt werden, auf intraindividuelle Datenbasis die Zugehörigkeit der einzelnen Befragten zu einer nationbezogenen Sozialperspektive zu ermitteln. Anhand der individuellen Datenmatrix wird: für jede Perspektive die mittlere Präferenz über die Symbole ermittelt. Berücksichtigt werden dabei nur die Antwortscores zu den Symbolen, die für den Befragten tatsächlich ein nationales Symbol darstellen.

Bei Befragten, die der Vor-System Perspektive zuzuordnen sind, wird erwartet, daß die mittlere Präferenz bei dieser Perspektive, gemessen an den mittleren Präferenzen zu den beiden anderen Perspektiven, den relativ größten Wert aufweist. Analoge

Beziehungen müssen auch bei den Befragten anzutreffen sein, die eine systemzentrierte bzw. systemübergreifende Perspektive aufweisen.

Damit lassen sich folgende Bedingungen für die Zugehörigkeit der Befragten zu einer nationbezogenen Sozialperspektive formulieren:

- I. = Vor-System Perspektive M Mittelwert
II. = systemzentrierte Perspektive
III. = systemübergreifende Perspektive

Bedingungen für die Zuweisung zur Vor-System Perspektive:

1. M (1) größer M (11) größer M (III)
2. M (1) größer M (III) größer M (II)
3. M (11) gleich M (III) und M (1) größer M (11)

Bedingungen für die Zuweisung zur systemzentrierten Perspektive:

1. M (II) größer M (1) und M (111) größer M (1)
2. M (11) größer M (1) und M (1) größer M (111)
3. M (1) gleich M (111) und M (11) größer M (1)

Bedingungen für die Zuweisung zur systemübergreifenden Perspektive:

1. M (III) größer M (11) und M (11) größer M (1)
2. M (111) größer M (1) und M (1) größer M (11)
3. M (I) gleich M (11) und M (111) größer M (1)

Die Zuweisung zu einer nationbezogenen Sozialperspektive über diese Bedingungen stellt nur eine sehr einfache Form der intraindividuellen Auswertung dar. Weiterführende Analyseschritte könnten sich auch auf individuelle Konsistenzprüfungen und intraindividuelle Varianzzerlegungen abstützen (vergl. Lind & Wakenhut 1985).

Zur Bewährung des Fragebogens

Die vorgestellten Bedingungen für die Zuordnung zu einer nationbezogenen Sozialperspektive definieren erwartungs- bzw. theoriekonforme Antwortmuster. Genügen die Antworten der Befragten nicht oder nur teilweise den aufgestellten Bedingungen, wäre dies ein wichtiger Hinweis darauf, daß die theoretischen und operationalen Grundlagen revidiert werden müssen. Die drei spezifizierten Sozialperspektiven könnten z. B. in theoretischer und/oder operationaler Hinsicht nicht ausreichend trennscharf formuliert sein.

An einer für westdeutsche Jugendliche und junge Erwachsene repräsentativen Stichprobe von N = 447 wurden die theoriekonformen Antwortmuster mit folgendem Ergebnis ausgezählt:

Vor-System Perspektive	systemzentrierte Perspektive	systemübergreifende Perspektive
61.7 %	76.0 %	85.3 %

An diesem Ergebnis wird zweierlei sichtbar. Grundsätzlich kann aus dem Anteil von 70 % theoriekonformer Antwortmuster insgesamt eine erste Bestätigung der theoretisch-operationalen Grundlagen abgelesen werden, wenn auch der ungleiche Anteil theoriekonformer Antwortmuster über die drei Perspektiven auffällt. Die Items zur systemzentrierten und insbesondere zur Vor-System Perspektive bedürfen noch einer Überprüfung und weiteren Präzisierung.

Die Frage liegt natürlich nahe, welche Zusammenhänge zwischen der Zugehörigkeit zu einer bestimmten nationbezogenen Perspektive und bekannten Indikatoren des Nationalbewußtseins bestehen. Herangezogen wurde der Nationalstolz, der über die Frage erfaßt wurde:

"Sind Sie stolz darauf ein Bürger des wiedervereinigten Deutschlands zu sein?"

Bei einer Stichprobe von N = 387 Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den ostdeutschen Bundesländern ergaben sich folgende Korrelationen:

Vor-System Perspektive:	-.19
systemzentrierte Perspektive:	+.27
systemübergreifende Perspektive:	-.11

Ohne diese numerisch bescheidenen, wenngleich signifikanten Korrelationen überbewerten zu wollen, bestätigen sie doch durch ihr Vorzeichen die Richtung der erwarteten Zusammenhänge, insbesondere bezogen auf die systemzentrierte Perspektive.

Ein offenes Problem sind die zu hohen Korrelationen zwischen den drei Perspektiven, die je nach Stichprobe Werte zwischen .60 und .80 erreichen und auf eine noch unzureichende Trennschärfe zwischen den Perspektiven hindeuten.

Abschließend sollen noch exemplarisch aus den bisherigen Anwendungen des Fragebogens zwei Ergebnisse zur Stabilität vorgestellt werden, denen methodische und auch inhaltliche Relevanz zukommt. Ein erstes Ergebnis bezieht sich auf die zeitliche Stabilität der Symbol-Akzeptanz. Aus der vorher erwähnten repräsentativen Stichprobe, die im Dezember 1990 befragt worden war, konnte ein Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Sommer 1991 ein zweites Mal befragt werden. Getrennt nach Befragten in den ost- und westdeutschen Bundesländern wurden Akzeptanzprofile und deren Übereinstimmungen (Tabelle 2 im Anhang) ermittelt.

Die durchschnittliche Übereinstimmung in der Akzeptanz der nationalen Symbole beträgt bei den Befragten in den westdeutschen Bundesländern 77 %. Die relativ größten Unterschiede zwischen den beiden Befragungszeitpunkten zeigen sich bei den Symbolen 8 ("Grundgesetz/freiheitliche Demokratie") und 12 ("Soziale Marktwirtschaft"), deren Akzeptanz deutlich zugenommen hat. Von kleineren Schwankungen abgesehen bleibt auch die Rangfolge der Symbole annähernd stabil; die Symbole 9, 10, 13, 4 und 11 finden jeweils in dieser Abfolge übereinstimmend am wenigsten Zustimmung.

Eine etwas andere Sachlage stellt sich bei den Befragten in den ostdeutschen Bundesländern dar. Hier fällt die durchschnittliche Übereinstimmung zwischen den Befragungen mit 71 % etwas geringer aus. Auch sind größere Abweichungen bei einzelnen Symbolen zu verzeichnen, wie bei den Symbolen 11 ("Nationalsozialismus/Nazi-Vergangenheit"), 1 ("Nationalhymne") und 6 ("Deutsche Mark"), deren Akzeptanz abnimmt. Die Symbole 2 ("Bundespräsident Richard von Weizsäcker") und 4 ("Bundeswehr") stoßen dagegen auf größere Zustimmung.

Vergleicht man die Akzeptanz der Symbole über die beiden Stichproben, so erweisen sich als Symbole mit der jeweils größten Akzeptanz

- 8 ("Grundgesetz/freiheitliche Demokratie") und 12 ("Soziale Marktwirtschaft") bei den westdeutschen Befragten und
- 7 ("Deutsche Dichter und Denker") und 5 ("Schwarz-Rot-Gold") bei den ostdeutschen Befragten.

Mit Ausnahme der Symbole 7 ("Deutsche Dichter und Denker"), 11 ("Nationalsozialismus/Nazi-Vergangenheit") und 13 ("Brandenburger Tor") liegt die Akzeptanz der Symbole in den östlichen Bundesländern deutlich niedriger. Die größten Abweichungen bestehen nach wie vor bei den Symbolen, die für das politische System der alten Bundesrepublik stehen: Symbol 8 ("Grundgesetz/freiheitliche Demokratie") mit nahezu 47 % und Symbol 12 ("Soziale Marktwirtschaft") mit fast 30 % Differenz.

In methodischer Hinsicht bleibt festzuhalten, daß die über den Fragebogen ermittelten Akzeptanzprofile für die nationalen Symbole eine ausreichende zeitliche Stabilität aufweisen. Eine stichprobenartige Überprüfung der Bewertungsprofile zu den Symbolen erbrachte eine vergleichbare Stabilität.

Ausgehend von der Tatsache, daß der Begriff "Nation" in der Umgangssprache eher selten benutzt wird und in seiner subjektiven Bedeutung eher diffus bleibt, wurde überprüft, inwieweit die Akzeptanz der Symbole stabil bleibt, wenn das Schlüsselwort "Nation" nicht genannt wird. Anstelle von "Nation" wurde bei den Hinweisen zur Bearbeitung des Fragebogens der Begriff "Gesellschaft" verwendet. Den Befragten wurden die Symbole ein zweites Mal mit dem Bearbeitungshinweis "Nation" vorgelegt. Die Ergebnisse (Tabelle 3 im Anhang) zeigen, daß die Akzeptanz der Symbole weitgehend unabhängig davon ist, ob die Symbole für Nation oder für Gesellschaft stehen sollen. Die durchschnittliche Übereinstimmung bezogen auf alle Symbole liegt in den ostdeutschen Bundesländern bei 88 % und in den neuen Bundesländern bei 87 %.

Zusammenfassung

Die Erfahrungen mit der hier vorgestellten Operationalisierung von Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit erlauben sicherlich noch kein endgültiges Urteil über die Qualität des Fragebogens. Unsere empirischen Untersuchungen zum Nationalbewußtsein können sich bislang nur bedingt auf dieses Instrument abstützen. Die Erprobung einer revidierten Fragebogenfassung, die vor allem eine trennschärfere Formulierung der drei Systemperspektiven beinhaltete, erbrachte einen höheren Anteil von 81 % (gegenüber vorher 70 %) an theoriekonformen Antwortmustern insgesamt und etwas

niedrigere Korrelationen zwischen den Systemperspektiven. Da es sich um eine studentische Stichprobe handelte, können diese Ergebnisse zunächst nur mit Zurückhaltung bewertet werden. Neben den grundsätzlich positiven Erfahrungen mit dem Fragebogen sehen wir eine weitere Arbeit an dem Instrument auch dadurch legitimiert, daß Konzept und Format des Fragebogens problemlos auf die Erfassung von Nationalbewußtsein in anderen Ländern übertragen werden können. Internationale Vergleiche lassen sich dann auf eine gesichertere Grundlage stellen als die bislang praktizierten Vergleiche von Nationalstolz.

Literatur

Allport, G. W. 1954. *The nature of prejudice*. New York: Addison-Wesley.

Gallenmüller, J. & Wakenhut, R. 1992. The conceptualization and development of a questionnaire for analyzing consciousness of national affiliation. In Martini, M. (Ed.), *Numero monografico dedicato alla "Coscienza Nazionale" della Revista "Ricerche di Psicologia"*. Nr. 2. Milano: Angeli.

Graumann, C.F. 1988. Der Kognitivismus in der Sozialpsychologie - Die Kehrseite der Wende. *Psychologische Rundschau* 39, 83-90.

Habermas, J. 1990. *Die Moderne - ein unvollendetes Projekt*. Philosophisch-politische Aufsätze 1977 - 1990. Leipzig:: Reclam.

Hartmann, H.A. & Wakenhut, R. 1972. Zur Dimensionalität gesellschaftlich-politischer Attituden bei unterschiedlichen Gruppen. *Zeitschrift für Sozialpsychologie* 3, 96-115.

Jahoda, G. 1963a. The development of children's ideas about country and nationality. *British Journal of Educational Psychology* 33, 47-60.

Jahoda, G. 1963b. National symbols and themes. *British Journal of Educational Psychology* 33, 143-153.

Jaspars, J.M.F., van de Geer, J., Tajfel, H. & Johnson, N. 1972. On the development of national attitudes in children. *European Journal of Social Psychology* 2, 347-369.

Kohlberg, L. 1976. Moral stages and moralization: The cognitive-developmental approach. In T. Lickona (Ed.), *Moral development and behavior*. New York: Holt, Rinehart & Winston, p. 31-53.

Krampen, G. & Martini, M. 1990. Politische Partizipation italienischer und deutscher Studenten im Vergleich. In H.-U. Kohr, M. Martini & A. Kohr (Hrsg.), *Macht und Bewußtsein. Europäische Beiträge zur Politischen Psychologie*. Weinheim: Deutscher Studienverlag, S. 185-194.

Lind, G. & Wakenhut, R. 1985. Testing for moral judgement competence. In G. Lind, H. A. Hartmann & R. Wakenhut (Eds.), *Moral development and the social environment*. Chicago: Precedent Publishing, p. 79-105.

Piaget, J. & Weil, A. -M. 195 1. The development in children of the idea of homeland, and of relations with other countries. *International Social Science Bulletin* 3, 561-578.

Schäfer, B. & Schlöder, B. 1990. Nationalbewußtsein als Aspekt sozialer Identität. In P. Leidinger & D. Metzler (Hrsg.), *Geschichte und Geschichtsbewußtsein*. Festschrift für Karl-Ernst Jeistmann. Münster: Schnell Buch & Druck, S. 309-348.

Scheuch, E. K. & Scheuch, U. 1991. *Wie deutsch sind die Deutschen? Eine Nation wandelt ihr Gesicht*. Bergisch-Gladbach: Lübbe.

Schweigler, G. 1973. *Nationalbewußtsein in der BRD und der DDR*. Düsseldorf: Universitätsverlag.

Selman, R.L. 1980. *The growth of interpersonal understanding*. New York: Academic Press.

Tajfel, H. 1979. Individuals and groups in social psychology. *British Journal of Social and Clinical Psychology* 18, 183-190.

Tajfel, H., Nemeth, C., Jahoda, G., Campbell, J.D. & Johnson, N. 1970. The development of children's preference for their own country. A cross-national study. *International Journal of Psychology* 5, 245-253.

Tajfel, H. 1974. Social identity and intergroup behavior. *Social Science Information* 13, 65-93.

Tajfel, H. 1981. *Human groups and social categories*. Cambridge: Cambridge University Press.

Tajfel, H. 1982. *Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotypen*. Bern und Stuttgart: Huber.

Thomas, A. 1992. *Grundriß der Sozialpsychologie. Band 2*. Göttingen: Hogrefe. Anhang

	alte Bundesländer			neue Bundesländer		
	1990	1991	Übereinstimmung	1990	1991	Übereinstimmung
(1) Nationalhymne (Deutschlandlied)	84.8	79.7	84.2	83.9	75.9	80.8
(2) Bundespräsident Richard von Weizsäcker	75.1	72.8	80.4	56.3	65.5	79.6
(3) Deutsche Wirtschaftskraft	72.7	76.9	81.5	67.8	63.2	74.6
(4) Bundeswehr	38.7	43.8	64.3	19.5	27.6	41.2
(5) Schwarz-Rot-Gold	78.8	74.2	83.0	85.1	81.6	85.1
(6) Deutsche Mark	84.3	85.3	88.5	82.8	71.3	75.0
(7) Deutsche Dichter und Denker	67.3	69.1	76.7	75.9	77.0	95.5
(8) Grundgesetz/freiheitliche Demokratie	78.3	88.0	91.8	35.6	40.2	71.0
(9) Produkte "Made in Germany"	64.5	68.2	79.3	43.7	41.4	55.3

ny"						
(10) Tugenden wie Fleiß und Ordnungsliebe	45.6	50.7	77.6	38.5	27.6	71.2
(11) Nationalsozialismus/ Nazi-Vergangenheit	39.6	35.9	58.1	67.8	49.4	59.3
(12) Soziale Marktwirtschaft	66.8	75.6	81.4	43.0	45.3	59.5
(13) Brandenburger Tor	57.6	50.2	62.4	86.2	77.0	77.3

Tab. 2: Stabilität der Symbolakzeptanz von 1990 bis 1991 (relative Häufigkeiten der Symbolakzeptanz in den Erhebungsjahren 1990 und 1991; relative Häufigkeit der übereinstimmenden Akzeptanz-Urteile über beide Erhebungsjahre (Grundgesamtheit N (ja) im Erhebungsjahr 1990); N(ABL)=217; N(NBL)=87)

	alte Bundesländer	neue Bundesländer
1. Nationalhymne (Deutschlandlied)	89.3	87.8
2. Bundespräsident Richard von Weizsäcker	91.5	89.3
3. Deutsche Wirtschaftskraft	88.4	91.8
4. Bundeswehr	78.7	80.0
5. Schwarz-Rot-Gold	89.0	92.2
6. Deutsche Mark	96.1	89.7
7. Deutsche Dichter und Denker	90.9	93.8
8. Grundgesetz/freiheitliche Demokratie	94.3	90.7
9. Produkte "Made in Germany"	89.4	81.2
10. Tugenden wie Fleiß und Ordnungsliebe	86.8	76.9
11. Nationalsozialismus/ Nazi-Vergangenheit	73.9	84.6
12. Soziale Marktwirtschaft	93.9	83.3
13. Brandenburger Tor	83.6	90.2

Tab. 3: Stabilität der Symbolakzeptanz bzgl. "Nation" und "Gesellschaft" 1991 (relative Häufigkeiten der übereinstimmenden Symbolakzeptanz; N(..)=389; N(NBL)=274) "Neuer Nationalismus"? Emotionale Systembindungen bei Jugendlichen in Ost- und West-Deutschland nach der Vereinigung

Heinz-Ulrich Kohr und Roland Wakenhut

Ausgangspunkt der Überlegungen bildete der bereits an anderer Stelle (Kohr & Wakenhut 1992) vorgestellte Befund, daß sich nach der deutschen Einigung in den alten und neuen Bundesländern bislang kein einheitliches Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit herausgebildet hat. Die Bewohner der neuen Bundesländer lassen vor allem bei den Symbolen und Inhalten von Nation eine deutliche Distanz erkennen, die sich auf das politische System der alten Bundesrepublik beziehen. Vor diesem Hintergrund haben wir auch bereits die Möglichkeit erwähnt, daß sich eine eigenständige, "reaktive DDR-Identität" herausbilden könnte, die auf alten Systembindungen gründet.

Mit Hilfe einer erweiterten Datenbasis soll nun versucht werden, Existenz und Korrelate der emotionalen Bindung an die ehemalige DDR näher zu bestimmen und vergleichend der Bindung an die alte Bundesrepublik und an das geeinte Deutschland gegenüberzustellen.

Ferner soll untersucht werden, wie sich transnationale Bindungen ("Europa", "Weit") von den nationalen Systembezügen unterscheiden.

Datenbasis für die Analysen sind zwei vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in Auftrag gegebene, für Jugendliche und junge Erwachsene (16-25jährige) repräsentative Befragungen in den alten und neuen Bundesländern (= ABL bzw. NBL), die im Dezember 1990 (nach der ersten gesamtdeutschen Wahl) und im Sommer 1991 durchgeführt wurden (Gesamt-N = 1.660).

Im einzelnen sollen folgende Fragen geklärt werden:

1. Welche Merkmale weisen die an das ehemalige DDR-System gebundenen Jugendlichen auf?
2. Wie unterscheiden sich diese Jugendlichen von den Gleichaltrigen, die sich vorrangig an die alte Bundesrepublik bzw. an das geeinte Deutschland gebunden sehen oder als Europäer bzw. Weltbürger begreifen?
3. Verweisen die Bindungsformen auf einen "neuen Nationalismus"?
4. Gibt es in diesen Daten Hinweise auf eine "reaktive DDR-Identität"?

Die emotionale Bindung an das jeweilige politische Bezugssystem wurde über folgende Frage erfaßt:

"Wenn Sie einmal an Ihr Zugehörigkeitsgefühl denken, sind Sie gefühlsmäßig eher Bundesdeutscher, eher DDR-Deutscher, eher Deutscher, eher Europäer oder eher Weltbürger? "

Aus diesen insgesamt fünf Möglichkeiten bildeten die Befragten eine Rangreihe mit den drei am meisten präferierten politischen Bezugssystemen.

Für die an erster Stelle genannten, primären Systembindungen ergab sich folgende Verteilung über die fünf politischen Bezugssysteme:

Bindung an	DDR	BRD	Deutschland	Europa	Welt
	20.5 N=341	22.6 N=375	38.9 N=645	07.3 N=122	10.7 N= 177

Tab. 1: Primäre Systembindung an politische Bezugssysteme (relative Häufigkeiten)

Daß noch 20.5 % der ostdeutschen Jugendlichen und jungen Erwachsenen der ehemaligen DDR anhängen, liegt in der Erwartung. Nach den Ergebnissen von Friedrich (1990) nahm zwar seit Mitte der 80er Jahre der Anteil derjenigen jungen Erwachsenen ab, die sich stark bzw. sehr stark mit der DDR identifizierten. Im Frühjahr 1988 betrug dieser Anteil bei jungen Arbeitern immerhin noch 19 % und bei Studenten sogar noch 34 %.

Der Anteil derjenigen unter den Befragten, die sich vorrangig noch den politischen Systemen der früheren Bundesrepublik und der ehemaligen DDR verbunden fühlen, ist annähernd gleich. Mit immerhin etwa 43 % repräsentieren sie - verglichen mit den

ca. 38 %, die sich an das wiedervereinigte Deutschland gebunden fühlen - eine relative Mehrheit. Die Bindung an ein bestimmtes politisches Bezugssystem ist unabhängig von Alter und Geschlecht. Beruflicher bzw. Ausbildungsstatus, erreichter Schulabschluß und persönliches Einkommen stehen in keiner erkennbaren Beziehung zur Systembindung.

Ein Zusammenhang zeichnet sich bei der Variable "Wohnort des Befragten" dahingehend ab, daß nationübergreifende Bindungen an Europa oder die Welt eher im großstädtischen Milieu anzutreffen sind.

Die Systembindung hängt eng zusammen mit der Einschätzung, ob jemand gerne in Deutschland lebt und ob er/sie stolz darauf ist, ein Bürger des wiedervereinigten Deutschlands zu sein (Tabelle 2):

"Leben Sie gerne im wiedervereinigten Deutschland?"

Bindung an	DDR	BRD	Deutschland	Europa	Welt
sehr gerne/gerne	19.1	48.0	55.0	28.7	22.0
teils/teils	56.8	43.2	40.9	52.5	54.2
eher ungern/sehr ungern	24.1	8.8	4.1	18.8	23.8

Tab. 2: "Leben Sie gerne im wiedervereinigten Deutschland?" (relative Häufigkeiten)

Erwartungsgemäß leben die Befragten, die sich an die ehemalige DDR gebunden fühlen, deutlich weniger gerne im wiedervereinigten Deutschland und unterscheiden sich darin von den Befragten, die sich noch an die frühere Bundesrepublik bzw. an das geeinte Deutschland gebunden fühlen.

Die auffallend ähnliche Antwortverteilung bei den DDR-Gebundenen auf der einen Seite und den Europa-Gebundenen bzw. Weltbürgern auf der anderen Seite zeigt sich auch bei der Frage nach dem Nationalstolz (Tabelle 3):

"Sind Sie stolz darauf, ein Bürger des wiedervereinigten Deutschland zu sein?"

Bindung an	DDR	BRD	Deutschland	Europa	Welt
ja, sehr	5.0	13.9	21.9	3.3	3.4
ja, mit Einschränkungen	29.4	45.3	50.7	22.1	19.8
kaum	37.4	31.2	22.3	43.4	35.6
nein, überhaupt nicht	28.2	9.6	5.1	31.1	41.2

Tab. 3: Nationalstolz (relative Häufigkeiten)

Dem niedrigeren Nationalstolz der DDR-Gebundenen entspricht wieder der freilich noch wesentlich schwächer ausgeprägte Nationalstolz der Befragten, die sich als Europäer oder Weltbürger begreifen.

Zu der sich abzeichnenden Distanz der DDR-Gebundenen gegenüber dem wiedervereinigten Deutschland tritt auch eine kritische Sicht des Einigungsprozesses. Untersucht wurden die Zusammenhänge zwischen der Bindung an ein politisches Bezugssystem und der subjektivemotionalen Einschätzung der deutschen Wiedervereinigung. Zur Beantwortung dieser Frage wurden 11 Polaritäten formuliert, die Gefühle und Urteile ("Klima") ausdrücken, die mit der deutschen Einigung verknüpft werden können.

Beschränkt man sich auf die sechs Polaritäten, bei deren Beantwortung die größten Diskrepanzen zwischen den einzelnen Bindungsformen auftreten, ergibt sich folgendes Bild (Tabelle 4):

Bindung an ...	DDR	BRD	Deutschland	Europa	Welt
Ungleichheit	75.2	41.1	41.3	67.8	56.8
Unsicherheit	76.2	41.3	41.4	47.9	56.6
unfairer Ablauf	65.5	42.2	39.7	60.3	61.4
Eigennutz	71.1	31.8	38.6	57.0	55.1
Durchsetzung/Dominanz	70.5	36.1	42.7	56.2	54.4
Machtlosigkeit	62.1	39.6	32.4	56.2	54.0
Alleingang/Einseitigkeit	59.1	30.2	33.4	45.5	49.4

Tab. 4: Systembindung und subjektiv-emotionale Einschätzung der deutschen Wiedervereinigung negative Polaritäten (relative Häufigkeiten)

Auffallend ist das in diesen Ergebnissen sich niederschlagende, diskrepanz wahrgenommene Klima der deutschen Wiedervereinigung. Dem bei den Befragten mit einer Bindung an Deutschland insgesamt wenig problematisch eingeschätzten Klima steht das deutlich als belastend wahrgenommene Klima bei den DDR-Gebundenen gegenüber. Wiederum ist klar erkennbar, daß Europa-Gebundene und Weltbürger eine den DDR-Gebundenen ähnlich kritische Sicht der deutschen Wiedervereinigung aufweisen.

Die von den mit vorrangiger DDR-Bindung belastend wahrgenommene Lebenssituation findet ihren Ausdruck auch in der globalen Sicherheitseinschätzung. Auf die Frage

" Wenn Sie jetzt einmal an die derzeitige soziale und politische Lage denken - fühlen Sie sich persönlich da alles in allem gesehen eher sicher oder eher unsicher?"

ergab sich folgende Antwortverteilung (Tabelle 5):

Bindung an	DDR	BRD	Deutschland	Europa	Welt
eher sicher	11.5	61.8	50.5	39.3	38.4
eher unsicher	88.5	38.2	49.5	60.7	61.6

Tab. 5: Globale Sicherheitseinschätzung (relative Häufigkeiten)

Über alle Befragtengruppen hinweg betrachtet sehen immerhin 57.0 % ihre Lage als eher unsicher an. Befragte, die sich gefühlsmäßig an die ehemalige DDR gebunden fühlen, schätzen ihre soziale und politische Lage als weit unsicherer ein als dies die Befragten tun, die sich vorrangig Deutschland insgesamt verbunden fühlen.

Fragt man weiter nach den Quellen dieser Unsicherheit, so zeigen sich die prägnantesten Unterschiede zwischen den Gruppen unterschiedlicher emotionaler Systembindung hinsichtlich der Häufigkeiten der Antwort "trägt eher zu meinem Gefühl der Unsicherheit bei" in der Einschätzung folgender Probleme (Tabelle 6):

Bindung an	DDR	BRD	Deutschland	Europa	Welt
Kriminalität	92.7	72.3	78.9	73.0	68.9

Wohnung/Mieten	77.1	51.2	51.2	64.8	66.1
Asylproblematik	40.8	56.5	55.1	37.7	31.6
Vereinigung					
Deutschlands	61.6	37.1	28.3	45.9	50.8
Bundeswehr/Verteid.	39.3	16.8	16.0	32.8	44.1
Lebensstandard	31.0	9.1	13.2	12.3	22.0
Soziale Marktwirtschaft	52.8	13.1	21.4	29.5	34.5

Tab. 6: Quellen der Unsicherheit und Systembindung (relative Häufigkeiten)

Als Spezifikum der DDR-Gebundenen bleibt festzuhalten, daß ihre Verunsicherung in allen Aspekten, die mit der ökonomischen und sozialen Situation verbunden sind, am stärksten ausgeprägt ist. Erneut zeigt sich die schon mehrfach festgestellte Ähnlichkeit der Antwortstrukturen der DDR-Gebundenen und der transnational Gebundenen auf der einen und der BRD- und Deutschland-Gebundenen auf der anderen Seite.

Fragt man, welche Faktoren möglicherweise die Ähnlichkeit der Antwortstrukturen bedingen, so liegt die Hypothese nahe, daß die mit politischer Links-Orientierung verknüpften Perspektiven -schlagwortartig umschreibbar mit "Internationalismus" und "Bereitschaft zur Systemkritik" - sowohl für die transnational Gebundenen als auch für die DDR-Gebundenen hier wesentlich sind. Um den Zusammenhang zwischen emotionaler Systembindung und Links-Orientierung genauer zu untersuchen, haben wir die Antworten auf folgende Frage herangezogen:

"Jeder hat ja eine bestimmte politische Grundhaltung, die man üblicherweise als eher "links", eher "Mitte" oder eher "rechts" bezeichnet. Wie ist das bei Ihnen, wo würden Sie sich auf der folgenden Skala einstufen?"

Die Verteilung der in drei Kategorien ("links", "Mitte", "rechts") zusammengefaßten Antworten auf der 11 -stufigen Skala zeigt Tabelle 7:

Bindung an	DDR	BRD	Deutschland	Europa	Welt
"links"	59.5	20.8	20.6	46.3	49.7
"Mitte"	35.2	66.7	65.1	51.2	43.5
"rechts"	5.3	12.5	14.4	2.5	6.8

Tab. 7: Systembindung und politische Orientierung (relative Häufigkeiten)

Die Ergebnisse bestätigen klar den vermuteten Zusammenhang und erklären die oben gezeigten Ähnlichkeiten zwischen den Sichtweisen der DDR-Gebundenen und den transnational Gebundenen.

Es ist allerdings anzunehmen, daß sich die Links-Orientierungen der DDR- und der transnational Gebundenen strukturell unterscheiden. Bedenkt man die eingangs genannte These einer "reaktiven DDR-Identität", so ist zu vermuten, daß die DDR-Gebundenen häufiger als die transnational Gebundenen "links" im Sinne kommunistisch-traditioneller Perspektiven verstehen.

Unsere Daten bestätigen dies insofern, als sich in der Gruppe der DDR-Gebundenen die mit 30.3 % stärkste Minderheit findet, die sich dem Kommunismus verbunden fühlt (zum Vergleich die entsprechenden Werte in den übrigen vier Gruppen: BRD =

1.6 %, Deutschland = 2.3 %, Europa = 9.2 %, Welt = 19.4 %); symmetrisch dazu ergeben sich die Anteile der Gruppen, die explizit gegen den Kommunismus sind (DDR = 19.1 %, BRD = 59.7 %, Deutschland = 54.8 %, Europa = 40.0 %, Welt = 33.1 %).

Die Struktur der Links-Orientierung der transnational Gebundenen läßt sich davon abheben. Es gibt in den Daten Hinweise dafür, daß hier "links" im Sinne globaler sozial-ökologischer Perspektiven verstanden wird. Dies zeigt sich besonders deutlich darin, daß sich unter den linksorientierten DDR-Gebundenen lediglich 26.2 % finden, die sich selbst zu den Umweltschützern rechnen, während die Vergleichszahlen bei den Europa-Gebundenen und den global-gebundenen Linken mit 41.1 % bzw. 56.3 % erheblich höher sind.

Andere Indikatoren, über die wir hier aus Platzgründen nicht referieren können, unterstützen diese Interpretation.

Zusammenfassung

Thesenhaft zusammengefaßt ist folgendes festzustellen:

- (1) Eine klare nationale Bindung gibt es bis zum Sommer 1991 unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht.
- (2) Positive emotionale Bezüge zum wiedervereinigten Deutschland und Nationalstolz finden sich erheblich stärker bei den Jugendlichen, die gefühlsmäßig an die alte Bundesrepublik oder an Deutschland gebunden sind. Die untersuchten Korrelate der Bindung verweisen insgesamt darauf, daß positive Bezüge deutlich mit einer eher konservativ-traditionellen politischen Grundhaltung und konventionellen Perspektiven verbunden sind, die sich vor allem an ökonomisch-materieller Sicherheit (Wohlstand, Lebensstandard) orientieren.
- (3) Die deutlichsten negativen Bezüge finden sich bei den DDR-Gebundenen. In dieser Bindung drücken sich Frustrationen und Irritationen aus. Obwohl die Vereinigung auch von diesen Jugendlichen mit Mehrheit als Chance und Hoffnung eingeschätzt wird, ist die Distanz zu den "westlichen" sozio-politischen Prioritäten deutlich. Dies hat sicher mit negativen Alltagserfahrungen zu tun, die vor dem Hintergrund einer deutlich stärker ausgeprägten Links-Orientierung interpretiert werden; diese ist - stärker als die der transnational Gebundenen - mit ideologischen Elementen der "alten Linken" verbunden. In diesem Sinne könnte man bei den DDR-Gebundenen von einer "reaktiven DDR-Identität" sprechen.
- (4) Bei transnational Gebundenen finden sich ebenfalls vergleichsweise kritische oder negative nationale Bezüge, die jedoch deutlich mit ideologischen Elementen der "neuen Linken" verbunden sind und sich auf globale, sozial-ökologische Perspektiven beziehen.
- (5) Anzeichen für das Vorhandensein eines "neuen Nationalismus" im Sinne eines Ideologieersatzes finden sich bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach der Vereinigung nicht.
- (6) Die primäre emotionale Bindung von Jugendlichen ist weitaus überwiegend lokal, bezieht sich auf die überschaubaren Räume alltäglicher Lebenswelt. Primär transnationale Bindungen sind selten, noch seltener jedoch sind primär nationale.
- (7) Aus der mangelnden Zentralität ergibt sich, daß die von uns untersuchten Systembindungen (DDR, BRD, Deutschland, Europa, Welt) eher als Ausdruck von sozio-politischen Grundorientierungen denn als Hinweis auf ideologischen "Nationalismus" oder "Internationalismus" zu verstehen sind.

Diskussion und Interpretation

Vor dem Hintergrund der Lebensbedrohung von Asylbewerbern, der radikalen, gewalttätigen Aktionen vor allem durch Jugendliche und der klammheimlichen bis offen gezeigten Befürwortung dieser Aktionen durch viele Erwachsene stellt sich dringlich die Frage nach einem neuen, hinter der Fremdenfeindlichkeit stehenden Nationalis-

mus. Die vorliegende Studie kommt zu dem Ergebnis, daß von einem neuen Nationalismus nicht gesprochen werden kann - jedenfalls liefern die nach der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl im Dezember 1990 und im Sommer 1991 erhobenen Daten von insgesamt mehr als 1.600 16-25jährigen dafür keine konkreten Anhaltspunkte.

Wie erste Auswertungen einer im November 1992 in den alten und neuen Bundesländern durchgeführten Repräsentativbefragung bei allerdings 16-18jährigen Jugendlichen zeigen, hat sich an dieser Tatsache offensichtlich wenig geändert. Abgesehen von einem wohl altersabhängigen Trend, nach dem Nation im Bewußtsein der befragten Jugendlichen noch weniger präsent ist, entsprechen sich die Befunde weitgehend.

Daraus kann allerdings keineswegs geschlossen werden, daß kein Potential für Fremdenfeindlichkeit existiere, daß es sich bei den Aktionen der letzten Zeit nur um eigentlich marginale Ausschreitungen einiger weniger handele und daß ein genereller Rechts-Schwenk in Deutschland nicht zu erwarten sei: die tatsächlichen Ereignisse wie auch die politischen Diskussionen der jüngeren und jüngsten Zeit sind vielmehr als eindeutige Warnung zu verstehen.

Uns kommt es darauf an, daß nicht bereitwillig Pseudo-Erklärungen und implizite, falsche Schuldzuweisungen aufgegriffen werden, die an die von Helmut König (1992, S. 4) kritisierte "Psychologisierung sozialer Geschehnisse" im Zusammenhang mit der deutschen Einigung erinnern:

Das Schlagwort vom "neuen Nationalismus" unterstellt nämlich, daß ein genereller Mentalitätswandel in der deutschen Bevölkerung stattgefunden hat. Demnach müßte sich eine aggressive Ausgrenzung von Fremden bzw. von Angehörigen fremder Nationen entwickelt haben unter der Annahme, daß die deutsche Nation anderen Nationen überlegen ist. In dieser Hinsicht hat sich die "mentale Infrastruktur", um einen Begriff des Historikers Christian Meier (1990, S. 23) aufzugreifen, bislang nicht verändert.

Ein neuer Nationalismus dieser Art setzte voraus, daß "Nation" für die Jugendlichen zu einem zentralen Bezugspunkt mit starker emotionaler Bindung geworden wäre. Unsere Befunde belegen demgegenüber, daß die weitaus überwiegende Mehrheit der Jugendlichen in beiden Teilen Deutschlands nach der Vereinigung eine primär lokale gefühlsmäßige Bindung hat (vgl. Kohr & Wakenhut 1992, S. 50). Stellt man die lokale gefühlsmäßige Bindung in Befragungen gar nicht zur Wahl und verwendet die Vorgaben, die wir in der vorliegenden Analyse benutzt haben, nämlich DDR, BRD, Deutschland, Europa, Welt, dann sind die Jugendlichen gewissermaßen gezwungen, innerhalb dieses Rahmens zu reagieren.

Unsere Analyseergebnisse haben gezeigt, daß die Perspektiven der Jugendlichen wesentlich mit ihren politischen Grundorientierungen zusammenhängen. Wir halten es für plausibel, daß die Jugendlichen sich - mangels der Zentralität der Frage nach nationaler bzw. transnationaler Bindung - auf die ihrer politischen Grundorientierung nahestehenden Aussagen, Interpretationen und Rhetoriken beziehen, wie sie vor allem in den Medien dargestellt werden. Die eher konservative politische Programmatik befürwortete die rasche Vereinigung und die Dominanz der ökonomischen Dimensi-

on des Prozesses. Diese Programmatik war zunächst vor allem für jene attraktiv, deren politische Grundhaltung im wesentlichen durch die Orientierung an der ökonomischen Dimension gekennzeichnet war. Die Betonung von Einheit, Nation und zugleich Wohlstand und Ökonomie wird dazu beigetragen haben, daß sich die beschriebenen Zusammenhänge zwischen BRD- und Deutschland-Bindung auf der einen Seite und der Befürwortung des Vereinigungsprozesses, der systembejahenden Reaktionen der Jugendlichen auf der anderen Seite ergeben haben.

Unstrittig hat jedoch die Vereinigung rasch an Glanz verloren, als deutlich wurde, daß sich die einschlägigen Versprechungen nicht einlösen lassen. Die Frustrationsercheinungen sehen wir heute im rechten Protest, vorwiegend noch im Osten. Die Symbole des Protests wie auch die Handlungsformen der Jugendlichen sind sicherlich "rechts", die Begründung des Protests der überwiegend sehr jungen Leute ist aber nicht notwendigerweise ideologisch "rechts". Nazi-Symbolik und nationalistische Rhetoriken werden auch instrumentell eingesetzt, um öffentliche bzw. Medien-Aufmerksamkeit zu erregen. Damit schließen wir die Möglichkeit keineswegs aus, daß sich daraus längerfristig eine Art reaktiver Nationalismus entwickeln könnte, dem allerdings eher der Charakter einer nachträglichen Rationalisierung von Protest und Gewalt zukommen würde.

Die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas, die wachsende Akzeptanz solcher "rechter" Verhaltensformen, das Anwachsen der Präferenz für "rechte" Problemlösungen und das Nachgeben von Politikern und Parteien zeigen fatale Ähnlichkeiten zur Vergangenheit. Die vielerorts entstehende neue Affinität gegenüber ideologisch-rechter Programmatik ist das wirkliche Problem. Nicht "neuer Nationalismus" oder "reaktive DDR-Identität" gefährden ursächlich die Demokratie in Deutschland, sondern die realen sozialen und politischen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, der Mangel an Zukunftsentwürfen und die machtzentrierten, hilflosen oder nachgiebigen Perspektiven der Politik gegenüber rechten Verhaltensformen und Ideologen. Extremer Individualismus und Hedonismus lassen sich nicht durch "geistig-moralische Wenden" in soziale und gesellschaftliche Bindungen überführen, sondern durch konkretes politisches Handeln, das die Chance der Entstehung von Bindungen eröffnet. Dazu gehören für Jugendliche möglichst gleiche Lebenschancen hinsichtlich Bildung, Kultur, Beruf, Freizeit und Konsum.

Literatur

Friedrich, W. 1990. Mentalitätswandel der Jugend in der DDR. Aus Politik und Zeitgeschichte B 16-17/90, S. 25-37.

Kohr, H.-U. & Wakenhut, R. (Hrsg.) 1992. Untersuchungen zum Bewußtsein nationaler Zugehörigkeit. München: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Arbeitspapier 57.

König, H. 1992. Der Mensch in Deutschland. Leviathan 20, 1-8.

Meier, Ch. 1990. Deutsche Einheit als Herausforderung. München: Pieper.

Autoren

Dr. Ingrid Anker M.A., Wissenschaftliche Oberrätin am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München (SOWI), Winzererstraße 52, Postfach 401609, W-8000 München 40, Tel.: 089-12003-274, Fax: -352

Dr. Detlef Bald, Wissenschaftlicher Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München (SOWI), Winzererstraße 52, Postfach 401609, W-8000 München 40, Tel. 089-12003-237

Jutta Gallenmüller, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Psychologie 111 (Wirtschafts- und Sozialpsychologie) der Katholischen Universität Eichstätt, Ostenstraße 28, W8078 Eichstätt, Tel.: 08421-20-559, Fax: -284

Dr. Heinz-Ulrich Kohr, Wissenschaftlicher Direktor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München (SOWI), Winzererstraße 52, Postfach 401609, W-8000 München 40, Tel. 089-12003-280, Fax: -352.

Ekkehard Lippert, Direktor und Professor am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr in München (SOWI), Winzererstraße 52, Postfach 401609, W-8000 München 40, Tel., 089-12003-342, Fax: -352.

Prof.. Dr. Dr. Roland Wakenhut, Lehrstuhl Psychologie III (Wirtschafts- und Sozialpsychologie) der Katholischen Universität Eichstätt, Ostenstraße 28, W-8078 Eichstätt, Tel. 08421-20-570, Fax: -284